Sonnabend, 12. Dezember 1925. Einzelnummer 15 Groschen 64. Jahrgang. Nr. 287.

mit illustrierter Beilage 30 Gr.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty
in deutscher Währg. 5 R.-M
ausschließlich Postgebühren

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Polnische Politik — polnischer Staatsaufbau.

Dr. Johann Reiners.

II.

Nach dem gleichnamigen Werke Roman Dmowskis.

Biographische Notiz: Dmowski wurde im russischen Teilgebiet geboren und erhielt dort seine Ausbildung. Später Redakteur und politischer Schriftsteller, gleichzeitig Abgeordneter und Führer der polnischen Fraktion in der Duma. Dann im polnischen Nationalkomitee und Vertreter Polens bei den Friedensverhandlungen in Versailles. Die Universität Posen verlieh ihm die Würde eines Ehrendoktors der Philosophie.

Geschichtlichen Verlauf in die Sprache der Tagespresse, weiteren Kreisen verständlich, kurz zu übertragen, ist schwer. Unter dieser Einschränkung läßt sich zusammengefaßt sagen: Das Polentum der ersten zwei Drittel des vorigen Jahrhunderts ist das Quecksilber in der europäischen Politik. Das ewig bewegte Element. Mit kurzen Zwischenräumen wird es zum explosiven Zündstoff. Bei dauernder Gärung im Lande folgen drei Aufstände kurz aufeinander; 1830, 1848, 1863. Gewiß, aus den Motiven größter Vaterlandsliebe. Die deutschen Dichter sangen diesen Polen ihre verehrenden Heldenlieder. Anders die nüchternen Politiker der mittelbar und unmittelbar beteiligten Mächte; sie machten eine entsprechende Notiz in ihr politisches Zensurenbüchlein, nicht eben zugunsten der polnischen Nation. — So weit die eigene Ansicht. —

Dmowski und die Kreise um ihn hielten diese Methoden der Aufstände, die das polnische Volk stets mit einem schweren Verlust an Gut und Blut bezahlen mußte, für völlig verfehlt. Er verdammt sie geradezu und urteilt darüber: „Die Aufstände liquidierten die polnische Frage in Europa; nach 1863 wurde sie von der Tagesordnung der internationalen Angelegenheiten abgesetzt und mit völligem Schweigen zugedeckt.“

Der Kreis um Dmowski dachte allpolnisch und wählte unter diesem Gesichtspunkt — und nur unter diesem — die Mittel zu den jeweiligen Zielen nach den bestimmenden Erfordernissen der politischen Gesamtlage der Zeit. Diese politische Richtung sah ein, daß der „duch polski“ (die polnische Seele — Geist) im romantischen Gewande politisch seine Zukunft hinter sich, seine Wirkungskraft eingebüßt habe, sie trieb allpolnische, rationale Politik. In Umkehrung eines Goethewortes sagten sie, nicht „Gefühl“ — sondern „Vernunft ist alles“. Diese Feststellung bezeichnet den Weg von Mickiewicz zu Dmowski.

Aus dem vorigen Aufsatz wissen wir, daß Dmowski in der Macht Deutschlands das Hindernis der Wiedererstehung Polens sah.

Das Ziel der Kreise um D. war die Wiederherstellung Polens als moderne staatliche Macht (państwo niezawisłe — nie państewka).

Zwei Aufgaben umfaßt dies Ziel: Die polnischen Kräfte positiv und negativ zu laden, zu stärken. Positiv für die Wiederherstellung Polens, negativ zur Zertrümmerung der Macht Deutschlands. Germania est delenda. Das letzte klang ebenso laut wie das erste.

Das Mittel sollte die von D. und seinem Kreise betriebene „Polityka polska“ — die polnische Politik nach den Gesichtspunkten des genannten Arbeitskreises um D. in allen polnischen Teilgebieten sein.

Wie sah es dort aus? Die politischen Verhältnisse im preußischen Teilgebiet kennen wir. Die Tätigkeit der polnischen Fraktion im deutschen und preußischen Parlament war alles andere als angenehm für beide Staaten.

In Rußland konnte es vor der ersten Revolution 1905, vor der Einrichtung der Duma, überhaupt zu keinem parlamentarischen Leben für die Polen kommen. Darüber noch später.

In Oesterreich wurden die Polen „durch kaiserliche Gnaden eingewiegt“ *), sie bildeten dort die mit „staatserhaltende“ Partei und hofften, auf diese Weise für sich und ihr Volkstum den größten Nutzen zu ziehen. Dazu in Folgendem: „Die Krakauer Schule“ („Polityka ugodowa“).

Bei dieser Lage in den Teilgebieten versuchte nun D. mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit die Imponderabilien, die anonymen Kräfte der polnischen Nation, die Antagonismen in den Teilgebieten zu harmonisieren und zum konsequenten Kampf gegen Deutschland zu mobilisieren. Auf deutsch: Adel, Bürger, Bauer und Arbeiter sollten mit Herz und Hand für ihr polnisches Volkstum arbeiten.

„Die Auffassung des polnischen Staates, welchen wir von neuem aufbauen wollten, mußte einerseits ausgehen von der Beurteilung des Wertes und der Kräfte der polnischen Nation, anderseits von der Beurteilung der geographischen Lage des Landes und der inneren Bedingungen, in denen sich das Staatswesen befinden würde.“ Der Wert einer Nation ist jedoch ein dynamisches Problem, Geschlechter verschiedenen Wertes kommen und vergehen, die Wirtschaftslage spricht mit usw. — „Die Nation war als Ganzes zu beurteilen, nach dem Verlauf ihrer gesamten Geschichte — das erst kann die wesentliche Auffassung über ihren Wert erbringen.“ An solchem Werk des Aufbaus vermochten deshalb nur Leute mitzuwirken, die mit Geschlechterfolgen für eine solche Arbeit rechneten, deren Gesichtskreis weit über den Alltag hinausging.

Bei der Beurteilung der einzelnen Teilgebiete, der Fundamente des beabsichtigten Baues, sagt D. über Posen unter anderem: „Dies war der Teil unseres nationalen Gebietes, aus dem der polnische Staat und die polnische Zivilisation hervorging.“ — Es kommt dann ein Lob über den hohen Stand der polnischen (!) Zivilisation und Kultur dieses Gebietes. „Schließlich hinsichtlich seines sozialen Aufbaues ist es am stärksten westeuropäisch, das Gebiet, in dem bei einer verhältnismäßig geringen jüdischen Bevölkerung sich ein zahlreiches, kräftiges polnisches Bürgertum entwickelte“ — — eine Bevölkerung, die im politischen Kampf um den nationalen Bestand am besten geschult war.

„Für ein künftiges Polen bedeutete der Verlust des preußischen Teilgebiets außer anderem: die Entfernung von Westeuropa, das Abschneiden vom Meere.“

„Dieses Gebiet den Deutschen zu entreißen, stand an erster Stelle im Aufbauplan des neuen Polen; daß es mir gelang, unsere Politik zu diesem Ziel zu leiten, halte ich für das beste Werk meines Lebens“ — —

„Wer den Anspruch auf das preußische Teilgebiet aufgibt, der verzichtet in Wahrheit auf die Unabhängigkeit Polens. Wenn wir in Zukunft von diesem Gebiet etwas verlören, so hieße das, daß der aufgebaute polnische Staat von neuem in Verfall zu geraten beginnt.“

*) M. Wierzbiński: Idea niemiecka a Polacy.

Programmrede des Finanzministers.

Der Złotykurs. — Das Gleichgewicht des Budgets. — Ersparnisse. — Die Ansicht der Parteien.

Warschau, 10. Dezember. Vor dem Sejm stand heute der neue Finanzminister Zdziechowski, der seine Programmrede hielt. Wie die polnische Presse meldet, ist der Eindruck der Rede nachhaltig und stark gewesen. Zu Beginn stellte der Finanzminister die Finanz- und Wirtschaftslage dar, zum Schluß entwickelte er sein Programm. Er zeigte die Wege, die zur Gesundung führen sollen. Die Rede wurde von Beifallsäußerungen unterbrochen. Am Schluß kam der Beifall von allen Bänken.

Der Korrespondent des „Kurjer Poznański“ hat eine ganze Reihe von Abgeordneten verschiedener Richtungen befragt, den die Rede auf sie machte. Der Vizemarschall Pluciński stellte fest, daß die Rede ein offenes Bekenntnis zur Wahrheit sei. Darauf habe die Gesellschaft in erster Linie Anspruch. Obwohl die Erhöhung der Staatseinnahmen verlangt werden muß, will der Minister keine übermächtigen Anforderungen an das Land stellen. Das Programm des Finanzministers ist real, und es kann nur unser Wunsch sein, so schnell wie möglich es in die Tat umzusetzen. Ich habe den Eindruck, daß dieses Programm realisiert werden wird, solange Minister Zdziechowski Finanzminister ist.

Der Abg. Byrka (Piasten) erklärte, daß die Programmrede in jeder Beziehung einen guten Eindruck mache. Am sympathischsten war das Eingeständnis der wirtschaftlichen Lage und die Darstellung der Ziele zur Abhilfe. Ich bin der Ansicht, daß diese Pläne durchführbar sind.

Abg. Rosmarin (Jüdische Partei): Es war ein Fortschritt. Die Wahrheit wurde gesagt.

Abg. Chaciński (Christliche Demokratie): Ein wertvolles und auf hoher Stufe stehendes Exposé. Schade, daß die wichtigen Momente nicht näher präzisiert worden sind, doch dazu wird der Frieden in den Parteilagern gebraucht, welche die große Koalition bilden.

Abg. Putek (Wyzwolenie): Eine sehr schöne Rede. Wir werden abwarten, ob die Taten ebenso schön sein werden.

Abg. Popiel (N. P. R.): Die schmerzlichste Frage unseres Lebens ward hier schonungslos berührt. Es ist ein Verdienst der Regierung, daß sie den Schleier von den Augen der Bevölkerung gerissen hat, und die Wahrheit sagt. Jetzt geht es darum, zu beweisen, daß dieses Programm lebensfähig ist. Es ist die Pflicht von uns allen, daß diese Worte zu Taten werden.

*

Die Programmrede.

Aus der Rede des Finanzministers seien folgende Auszüge wiedergegeben: Der Minister erklärte, daß, wenn sich Regierung, Sejm und Volk nicht Schulter an Schulter zur Sanierung der Wirtschaft zusammenfinden, das Volk in den Abgrund stürzen würde. Eine der Ursachen der Wirtschaftskatastrophe und des Mangels an Vertrauen zum Fiskus sei die Tatsache, daß die Staatslieferanten, deren es auf allen Gebieten sehr viele gibt, nicht bezahlt worden seien. Im Staatsleben seien die Ausgaben über die Verhältnisse gewesen. Der Minister müsse jetzt bittere Worte der Wahrheit und der Warnung sagen.

Wenn man eine zweite Inflation zuließe, dann wäre der Staat vom Bankerott bedroht. Polen stünde vor zwei Möglichkeiten: Entweder Reduktion des Budgets oder Inflation. Das Defizit sei sehr groß, die Valutavorräte erschöpft, und 240 000 Arbeitslose empfängen monatlich 6 Millionen Złoty. Es müsse die Stabilisierung des Złoty auf der Wirtschaftsparität erfolgen. Die erste Notwendigkeit sei die Wiederherstellung des Vertrauens; dann könne man an Auslandsanleihen denken. Und wenn Polen eine Auslandsanleihe erhalte, dann dürfe sie nicht vom Budget aufgebraucht werden, sondern müsse bestimmt sein zur Stärkung des Wirtschaftslebens und zur Herabsetzung der Zinsstufe, was ebenfalls ein Hemmungsmittel sei.

Bei der Besprechung der Notwendigkeit der

Reduktion des Staatsbudgets

erklärte Minister Zdziechowski folgendes: „Ich sagte schon, daß man das Budget um mindestens 500 Millionen Złoty verringern muß. Die Reduktion muß auch den Teil des Budgets treffen, der die größten Leistungen von seiten des Staates verlangt. Das ist das Heer. Die Umgestaltung des Heeressystems, ohne Antastung der Wehrkraft des Staates bei weitgehender Sparsamkeit in den wirtschaftlichen Ausgaben, muß eine Reduktion dieses Budgets um die Summe von 150 Millionen gestatten. Das Gesetz über die Novellisierung der Gesetzesvorschriften betreffs der Besoldung und Organisation der Schulen und Staatsämter in der Richtung der Verringerung der Personalausgaben des Staates wird von der Regierung in drei Tagen dem Hohen Sejm vorgelegt werden. Die Novellisierung ist eine unerläßliche Bedingung für die Realität des Haushaltsprovisoriums. Die Regierung will ferner folgende Gesetzentwürfe einbringen:

Neue Gesetze.

1. Gesetzentwurf über die Vollmacht der Regierung zur Bekämpfung der Teuerung.
2. Entwurf über die Vollmachten der Regierung zur Sicherstellung des inneren Bedarfs im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Lebensmitteln.
3. Projekt über die Erhebung von Steuern an Getreide.
4. Gesetz über eine Umgestaltung der Streitkräfte des Staates, die eine Verringerung der Ausgaben für die Unterhaltung des Heeres unter Berücksichtigung der Kürzung der Dienstzeit, ohne Herabminderung der Wehrkraft des Staates sicherstellt.
5. Gesetz über die strafrechtliche Verantwortung der Beamtenschaft für Dienstübergriffe.

In der Aufstellung der Staatseinkünfte fallen die verhältnismäßig geringen Einkünfte aus den Staatsunternehmen auf, weshalb fast die ganze Last der Unterhaltung des Staates auf die öffentlichen Abgaben fällt. Daher ergibt sich, daß die Wirtschaft der Staatsunternehmen, insbesondere die Wirtschaft des Eisenbahnunternehmens erheblich besser und sparsamer geführt werden muß, damit sie dem Fiskus ansehnliche Betriebseinkünfte bringen kann.

Das gegenwärtige System der staatlichen Abgaben muß eine gewisse Reform erfahren. Der Reform muß der Erlaß eines Gesetzes über die genauen Kompetenzen der Selbstverwaltungen vorausgehen. An der Spitze der direkten Steuern muß die Einkommensteuer stehen. Die gegenwärtige außerordentliche Vermögenssteuer läßt sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, in der vom Sejm beschlossenen Höhe von einer Milliarde Złoty nicht realisieren. In der nächsten Zeit will ich meine Stellungnahme zum Projekt der Verringerung dieser Steuern, das von der vorigen Regierung eingebracht worden ist, unterzeichnen. Was die Umsatzsteuer betrifft, so müßte ich mich einer weiteren Herabsetzung dieser Steuer für den Großhandel entgegenstellen, falls das Projekt aufrecht erhalten werden sollte. Das System der Steuerveranlagung und die Eintreibung der Steuern muß reformiert werden.

Obwohl

Polen kein reiner Agrarstaat

ist, sondern ein industrieller Agrarstaat, und diesen Doppelcharakter aufrechterhalten muß, so muß man sich dessen bewußt sein, daß fast 70 Prozent unserer Bevölkerung auf dem Landeleben und die Landwirtschaft also nicht nur der größte Produzent in Polen, sondern auch der größte Konsument ist. Ich bin gegen die Anwendung einer Restriktionspolitik bezüglich der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, die durch die Frage der Lebensmittelsicherung des Landes nicht hinlänglich begründet ist, denn diese Ausfuhr sichert der Landwirtschaft zum ersten Male seit der Wiedergeburt des polnischen Staates die Möglichkeit, die gegenwärtig günstige Weltkonjunktur auszunutzen.

Die natürliche Grenze des landwirtschaftlichen Exports ist und muß die notwendige Verpflegung des Landes und Sicherstellung der Saatbestellung sein. Der Herbstexport darf keinen Frühjahrsimport zur Folge haben. Wir sind uns alle darüber klar, daß die Landwirtschaft nicht ohne langfristigen Kredit bestehen kann. Die Regierung kann schon heute versichern, daß sie in erster Linie die langfristigen Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft berücksichtigen wird. Bevor die kurzfristigen Verpflichtungen mit Hilfe langfristiger Hypothekenobligationen konvertiert werden, will die Regierung bestimmte Krediterleichterungen einführen.

Eine Auslandsanleihe

kann uns zu einer schnellen Vermehrung der Zahl der Umlaufsmittel verhelfen, aber es ist nicht gleichgültig, unter welchen Bedingungen wir die für die Operation nötigen Mittel erhalten. Denn auch ohne sie können wir auf einem mühsameren Wege die Stabilisierung der Preise und der Valuta unter Anwendung einer entsprechenden Wirtschaftspolitik erreichen, die die Entwicklung all dessen sichert, was zu einem produktiven Leben nötig ist. Nicht also die Erlangung der Anleihe an sich, sondern die Erlangung einer erträglichen Anleihe kann von der Regierung als Mittel zur Entfaltung unseres Wirtschaftslebens betrachtet werden.

In der Hebung der Landwirtschaft sieht die Regierung den wirksamsten und natürlichsten Hebel für die Belebung der Industrie. Die Regierung wird bei der Sanierung des Wirtschaftslebens nicht versäumen, auch dem Handel ihre Fürsorge zuzuwenden. Das betrifft natürlich nur den Handel, der das verdient. Der Handel als Ganzes muß sich darüber klar sein, daß er seine Funktionen den Interessen des Staates und nicht denen der Besitzer der Dollarvaluta anzupassen hat. Er soll in Złoty kalkulieren und Złoty verdienen.

Eine der empfindlichsten Erscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist durch die mangelhafte Wirtschaft gewisser Banken verursacht worden, die angesichts des Mangels eigener Umsatzmittel auch die Summen, die aus den Inkassos und den Überweisungen herrührten, zu Kreditoperationen verwandten. Solches Vorgehen ist unstatthaft. Wenn unsere Bankinstitutionen das Vertrauen besitzen sollen, das zur Erfüllung ihrer Funktionen im Wirtschaftsleben nötig ist, so hat die bisherige Gesetzgebung keine genügenden Mittel zur Bestrafung der Schuldigen gegeben. Die Regierung wird einen Gesetzentwurf einbringen, der die Pflicht einführen soll, die Einkünfte aus den Inkassos und den Überweisungen auf analogen Grundsätzen mit den Depositen zu behandeln. Der Entwurf wird empfindliche Strafsanktionen für die Verletzung dieser Grundsätze vorsehen.

Ueber das Verhältnis seiner Politik zu den einzelnen Teilungsstaaten bemerkt dann D.: „Es bestand ein großer Unterschied unseres politischen Programms im Verhältnis zu Deutschland und Oesterreich einerseits, wie zu Rußland anderseits. Dieser Unterschied war nicht nur durch politische Strategie bedingt, aus Augenblicksrücksichten, sondern aus Gründen tieferer und dauernderer Natur, welche in Zukunft keine geringe Rolle in der polnischen Politik spielen werden.“

Auf dem Wege zur Unabhängigkeit Polens standen damals drei Tatsachen in nächster Nähe:

1. „Die innere Umgestaltung des russischen Staates schaffte die Bedingungen zur politischen Belebung des Hauptteils Polens“;

2. „der schließliche Zerfall Österreichs“;

3. der zwischen Rußland und Deutschland zu erwartende Krieg kann, wenn er nicht auf einmal zum Aufbau des polnischen Staates führt, den wesentlichsten Bestandteil des künftigen Staates geben, besonders die Abtrennung des preußischen Teilgebiets von Deutschland und die Erweckung seines bedrohten polnischen Volkstums.

Auf diesem Wege galt es jetzt, „die polnische Sache mit dem französisch-russischen Bündnis zu verknüpfen, es galt, Annäherung an Rußland zu suchen und ihm das Bewußtsein einzuflößen, daß es im Kampfe mit Deutschland auf die Polen rechnen könne“.

Allgemein wurden diese Gedankengänge durch den „Przegląd Wszechpolski“ verbreitet; zu diesem Zweck existierte in allen drei Teilgebieten eine geheime Organisation, die „Liga Narodowa“, gegründet 1893; ebenso wurde damals in allen drei Teilgebieten die nationaldemokratische Partei entwickelt.

Eine besondere Schilderung der Parteiauswirkungen und Zusammenhänge, soweit sie aus diesem Werke Ds. für den Gesamtverlauf der neuesten polnischen Parteigeschichte außerordentlich fein, wenn auch einseitig zu erkennen sind, würde zu weit führen. Es ist hier zu betonen, daß D. auf der ganzen Linie starke Widerstände auch im polnischen Lager fand, und daß es ihm, wie vielen eigenwilligen Köpfen in der Politik und Staatsgeschichte, die ihren eigenen Weg wußten und gingen, nicht erspart blieb, als Phantast bezeichnet zu werden.

Der russisch-japanische Krieg bringt nun die erhoffte politische Bewegung in das Polentum Kongreßpolens; es eröffnete sich die Möglichkeit, die polnische Frage in Rußland erneut aufzurollen. Jetzt war es nötig, einen einheitlichen, politisch wirksamen Aktionsplan für dies Gebiet auszuarbeiten. Gefahr lag im Verzuge, Experimente durften nicht gemacht werden. So entwickelte sich der innere Kampf zwischen den Kompromißpolitikern der Krakauer Schule, die einen großen Teil Anhänger in Warschau hatte, und dem vorsichtigen, zähen Draufgängertum (so nennen wir es) der Richtung Dmowski, der auf das Ganze ging; aut Polonia omnis aut nihil!

Es galt nun zunächst, den inneren polnischen Parteien- und Meinungskampf zu gewinnen, denn außer der ziemlich starken Krakauer Schule mit ihrem Grundsatz der „polityka ugodowa“ (Kompromißpolitik) wurden auch wieder die Anhänger der Aufstandsmethode lebendig. Dmowskis Ansicht über dieses Mittel ist oben erwähnt. Die P. P. S. (polnische sozialistische Partei) war damals Anhänger dieser Aufstandsmethode und hat sich 1905 auch so in Warschau betätigt. Dmowski glaubt, daß hierbei deutsche Einflüsse und deutsches Geld im Spiele waren. Im allgemeinen war die innere politische Lage des Polentums in Kongreßpolen damals ziemlich verworren. Die Angst vor der Russenknute schüchterte viele ein, und die Zahl derjenigen, die wie Dmowski den Mut zur Verantwortungsfreudigkeit besaßen, war damals noch sehr gering. Erst mit den Anfängen des russischen Parlamentslebens, der Duma, beginnen sich die Meinungsverschiedenheiten in einem Programm niederzuschlagen und zu kristallisieren.

Mit der Entstehung der russischen Duma wird das polnische politische Leben in ganz neuer Weise nach Petersburg verpflanzt, wo es sich auf dem Boden des russischen Parlaments erst etwas anpassen und inmitten der russischen Parteiströmungen, den Kadetten und Oktobristen, sowie bei Hof und den Ministern, neu orientieren mußte. Bei der Lektüre dieser Abschnitte des Dmowskischen Buches gewinnt man den Eindruck, daß D. ein außerordentlich hellhöriger Beurteiler der damaligen politischen Stimmungen und ein feiner Kenner der Grundzüge innerer und äußerer russischer Politik war.

Auf Kongreßpolen entfielen bei den Wahlen zur Duma 36 Mandate, von denen die Litauer 2 erhielten. Die polnische Fraktion hatte, wie D. hervorhebt, ausgesprochen nationaldemokratischen Charakter. Der Führer der Fraktion war Dmowski. Das Ziel der Arbeit der polnischen Fraktion faßt er wie folgt zusammen: „Unser Ziel war die Bildung einer ernst zu nehmenden polnischen Vertretung im russischen Staat, welche mit ihrem Auftreten Rußland zwingen würde, mit Polen zu rechnen, und welche für Polen allmählich nach außen die Bedeutung eines Faktors der europäischen Politik gewinnen würde. Durch ausdauernde politische Arbeit im russischen Staate erhofften wir die für die polnische Frage nach dem Jahre 64 verlorengegangene Position wiederzugewinnen.“

Zur Schaffung einer solchen parlamentarischen Vertretung fehlten aber, wie D. weiter bedauernd ausführt, bei den Polen des russischen Teilgebiets die entsprechenden politischen Gehirne. Es galt zu warten und noch viel Arbeit zu tun. „Jedoch lag der Schlüssel zur polnischen Frage im russischen Teilgebiet; eine Politik, die ihre Lösung beabsichtigte, mußte sich vor allem auf das Teilgebiet stützen, in dem der größte Teil der Nation wohnte. — — — Ohne gründliche Organisierung der polnischen Politik im russischen Staat konnte von einer allgemein polnischen Politik nicht die Rede sein.“

Ueber seine eigene Arbeitsauffassung sagt D.: „Ich glaubte eigentlich, daß die Hauptaufgabe des Vorsitzenden der polnischen Fraktion die sei, die Pflichten des nichtexistierenden Außenministers Polens zu erfüllen“ — — „Die polnische Fraktion in Petersburg lenkte die Aufmerksamkeit Europas in höherem Maße auf sich als unsere Vertretungen in Wien und Berlin.“ — — „Ich glaubte, daß vermittelst unseres Postens in Petersburg unser Weg in die europäische Politik zurückführe.“

Unter diesem Gesichtspunkt entwickelt D. weiterhin die Grundlagen und die Notwendigkeit eines Bündnisses Polens mit Frankreich, alles natürlich zu dem vorhin erwähnten negativen Zweck, die Macht Deutschlands zu zertrümmern.

Dmowskis Arbeitsrichtlinien in der Duma.

1. „Rußland ist als der künftige Bundesgenosse im Kampfe mit Deutschland zu betrachten. Aus diesen Rücksichten ist weder der russische Staat noch die russische Nation zu bekämpfen, die Schwächung der inneren Macht Rußlands ist nicht anzustreben.“

2. „Die offizielle russische Regierung macht Rußland von Deutschland abhängig und arbeitet mit Deutschland am Vernichtungswerk Polens. Indem Rußland die Entwicklung der Zivilisation Polens die Entwickelung unserer nationalen Kräfte hindert, richtet es Polen zur künftigen Beute Deutschlands her. Deshalb müssen wir dieser Regierung und besonders ihrer Polenpolitik entschlossen den Kampf ansagen und ihn zäh führen, indem wir ihre Situation und ihre Polenpolitik mit allen uns zugänglichen Mitteln erschweren. Das Ziel des Kampfes ist, eine Regierung, die Polen als einen Teil Rußlands behandelt, früher oder später zum Rücktritt zu zwingen, andererseits eine Mobilisierung (nicht militärisch — uruchomienie) und Organisierung unserer nationalen Kräfte und ihre Verbesserung zum Kampfe um die Rechte Polens.“

3. „Jede Gelegenheit ist systematisch auszunutzen, die Meinung des Auslandes auf die polnische Frage zu richten, und es ist allmählich für Polen die Rolle eines Faktors in der europäischen Politik anzustreben.“

Aus diesem Arbeitsprogramm ist zu ersehen, daß die polnische Fraktion Kongreßpolen als selbständiges, autonomes Gebiet Rußlands behandelt sehen wollte. Sie hat über diese Forderung auch tatsächlich mit der Regierung verhandelt, ebenso wie über die Schulautonomie. In der Folge blieb die polnische Politik in ihren Hauptumrissen auf dem Boden dieses Programms. Das Hauptgewicht der polnischen Politik lag für D. nicht so sehr in dem Umstand, wieviel Stimmen Polen in der Duma hatte, noch in den Fragen der Selbstverwaltung, sondern in der gründlichsten und schnellsten Vorbereitung des europäischen Bodens für die Gesamtzusammenhänge der polnischen Frage. „Und in dieser Richtung“, sagt D., „hat die polnische Politik in der zweiten Duma mehr getan als die Leute denken.“

So sehen wir denn um diese Zeit die neue polnische Politik in Rußland und die durch sie getragene polnische Staatsidee lebhaft und unterirdisch offensiv auf dem Marsch. Aut Polonia aut nihil — Germania est delenda: so lautet das Feldgeschrei beim weiteren Vortragen des konzentrisch angelcgten Angriffs.

Betrifft Ansiedlerrenten.

Das Bezirkslandschaftsamt Posen gibt nachstehendes bekannt:

Auf Grund der Verordnung des Ministers für Bodenreform vom 6. November 1925 betreffend die Kompetenz der Bezirkslandschaftsämter in Verbindung mit der Festsetzung der Normen der Umrechnung der Jahresrentenraten, bringt das Bezirkslandschaftsamt in Posen allen Rentenansiedlern nachstehendes zur Kenntnis:

1. Motivierte Anträge um Zuerkennung von Vergünstigungen in der Bezahlung der Rentenraten oder der Herabsetzung der Höhe derselben bei der Umwertung müssen die Ansiedler beim Okregowy Urząd Ziemski in Poznań, ul. Fredry 10, einreichen, und zwar:

a) spätestens bis zum 1. Januar 1926 müssen die Ansiedler die Gesuche einreichen betreffend die bis zum 1. Oktober 1925 fällig gewesenen Raten;

b) spätestens bis zum 1. März 1926 sind einzureichen die Gesuche betreffend die in Zukunft fälligen Raten.

Alle Gesuche, die bisher beim Bezirkslandschaftsamt eingereicht wurden, werden als rechtzeitig eingereicht betrachtet werden. Insofern aber ein Ansiedler in dem bereits eingereichten Gesuch nur um eine Vergünstigung in der Bezahlung der Rentenraten gebeten hat, so muß er, falls er sich um eine Herabsetzung der Höhe bei der Umwertung der Rate bemühen will, noch einen diesbezüglichen Ergänzungsantrag einreichen. Die Nichteinreichung eines Gesuchs durch die Ansiedler um Vergünstigung in den obenerwähnten Terminen zieht die Einziehung der fälligen Raten durch die Staatsagrarbank in der Höhe nach sich, wie solche in dem Zahlungsbefehl angegeben ist.

2. Die unter 1. erwähnten Gesuche sind an die Adresse des Bezirkslandschaftsamtes in Poznań, ul. Fredry 10, durch Vermittlung des zuständigen Kreislandschaftsamtes zu richten. Alle Fälle oder Umstände, die nach Ansicht des Ansiedlers von Einfluß auf die Zuerkennung der Vergünstigung sein können, müssen in dem Gesuch durch den Kreislandschaftskommissar bestätigt sein.

Die Ansiedler können auch gelegentlich ihrer Anwesenheit in Posen ihre Anträge bei dem betrefferden Beamten des Bezirkslandschaftsamtes zu Protokoll bringen lassen.

3. Reklamationen betreffend die Anerkennung der bereits in den früheren Jahren geleisteten Zahlungen, die in den Berechnungen des Bezirkslandschaftsamtes in Posen eventuell nicht berücksichtigt wurden, müssen die Rentenansiedler, und zwar angefangen vom 1. Dezember d. Js., an die Państwowy Bank Rolny, Oddział w Poznaniu, ul. Kantaka Nr. 10, richten.

4. Die Einreichung von Gesuchen um Zuerkennung von Vergünstigungen in der Bezahlung der Rentenraten oder um Herabsetzung ihrer Höhe bei der Umwertung hält die zwangsweise Beitreibung des vierten Teiles der Rentenraten nicht auf (siehe § 6 der Verordnung des Ministers für Bodenreform vom 6. November 1925).

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(45. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Heidenberg trat an seinen Schrank, entnahm ihm das Dokument und reichte es Hannah.

„A propos Behrens,“ sagte er. „Hier ist ein Brief, in dem er seine sofortige Demission anbietet. Soll ich annehmen? Was meinst Du, Mollheim?“

Mollheim schnitt eine zweifelhafte Grimasse.

„Ich kann den Kerl nicht leiden,“ knurrte er. „Ich selber habe ihn ja so 'n bißchen ins rechte Licht gerückt. Aber ich weiß nicht, ob es richtig ist, ihn gerade jetzt gehen zu lassen. Er hat seine Hand in zu vielen Dingen gehabt; er weiß zu viel! Wenn wir ihn uns zum absoluten Feind machen — er kann uns viel schaden! Gerade jetzt, wo wir so viele Töpfe ans Feuer stellen. Ich meine, wenn sich ein Modus finden ließe, daß seine Differenz mit Fräulein Weyl ausgeglichen wird — dann möchte ich lieber warten, bis wir über den Berg sind! Na, Fräuleinchen, was sagen Sie dazu? Es geht doch Sie vor allem etwas an.“

Der Alte war schlau.

„Ich komme wohl gar nicht in Frage,“ erwiderte Hannah. „An mir wird es nicht fehlen, um Herrn Doktor Behrens das Verbleiben zu ermöglichen. Und ich — wenn ich schon meine Ansicht äußern soll, bin ganz Ihrer Meinung, Herr Mollheim. Außerdem ist Herr Doktor Behrens eine Kraft ersten Ranges — — —“

„Ich schmeiße ihn hinaus!“ sprach Heidenberg. „Das wäre traurig, wenn das Für oder Wider eines Behrens für mich irgendwie in Betracht kommen sollte.“

Er griff zum Telephon und ließ sich mit Lüders, dem Personalchef, verbinden.

„Herr Direktor Lüders? Hier Heidenberg. Doktor Behrens hat infolge einer Meinungsverschiedenheit mit mir um seine sofortige Entlassung angesucht. Bitte, ihm umgehend mitzuteilen, daß diese bewilligt und ihm ein Jahresgehalt als Abfertigung zur Verfügung gestellt wird.“

„Solche Noblesse ist wieder unnötig! Blödsinn!“ schimpfte Mollheim.

*

Drei Tage später ließ sich der „Schöne Adolar“ recte Adolf Wolf bei Mollheim melden.

„Sagen Sie, was ist bei Euch los?“ fragte er. „Ist das wahr, daß Behrens von Euch fortgeht?“

„Nee, das ist nicht wahr. Er ist schon fort.“

„So? Hm! — dann versteh' ich. Wissen Sie, Herr Direktor, ich bin eigentlich deshalb hergekommen. Gestern wissen Sie — ich geh' doch ab und zu in den Klub in der Bendlerstraße — flotte Partie dort — na, und wer, meinen Sie, ist dort gestern erschienen und hat 'ne lange Konferenz mit dem rumänischen Schieber, dem Avalescu, gehabt? Ihr Doktor Behrens!“

Mollheim sauste in die Höhe.

„Hab's ja gewußt!“ schrie er. „Na, gut, daß wir Bescheid wissen. Adolar, Sie haben mir 'n großen Dienst geleistet. Und ich werd' mich revanchieren. Kaufen Sie Deutsche Bankgesellschaft!“

„So? Also doch die Geschichte mit dem großen Konzern? Die Börse ist ja schon ganz voll davon.“

„Fragen Sie nicht viel! Gehen Sie und kaufen Sie! Und wenn Sie wieder einmal was sehen, in dem schönen Klub da, — dann nehmen Sie sich 'n Auto und tanzen Se an! Ich komm' für die Kosten auf! Ich weiß ja, Sie sind ein fanatischer Anhänger des Auto — wenn ein anderer zahlt.“

XXX.

Reinhold trat aus der Deutschen Bankgesellschaft aus.

„Ich habe es für das Richtigste gehalten,“ hatte ihm Hannah gesagt, „Heidenberg klaren Wein einzuschenken. Er wird Dir keine Schwierigkeiten machen.“

Eines Morgens ging also Reinhold Gehrke anstatt in die Kasse der Deutschen Bankgesellschaft, in der Behrenstraße in die Bank „Reinhold Gehrke und Kompagnie“ Unter den Linden. Die Büros waren bis auf den letzten Nagel fertig, der Stab der Angestellten vollständig zur Stelle — aus dem kleinen Kassierer wurde nun der Chef.

Ohne Feierlichkeit vollzog sich dieser Wechsel natürlich nicht. Das ganze Personal versammelte sich im Konferenzzimmer, und Reinhold hielt eine kleine Ansprache, während Avalescu großartig in einem Fauteuil lehnte, seine Zigaretten rauchte und das weibliche Personal musterte.

Hannah war dabei. Natürlich. Sie hatte nicht einmal den Versuch gemacht, sich fernzuhalten. Im Gegenteil. Jetzt, da sie wußte, daß sie nie mehr Reinholds Frau werden konnte, kam ihr die Freude über seinen Erfolg zurück. Ehrlich und warm war die Freude, hinter der sich kein anderes Gefühl mehr barg. Die Mutter weinte vor Glück und Stolz, als er sie am Morgen des großen Tages im Automobil abholte. Im eigenen Automobil! Nicht so groß und prunkvoll wie der Wagen Avalescus, aber doch sein eigener.

Am Abend war dann großes Souper im Bristol. Eine Unmenge Leute nahmen daran teil, und Hannah schwirrte ordentlich der Kopf, als sie alle die vornehmen Namen und Titel vernahm, die ihr Reinhold vorführte. Herr Graf Walckenstein, Sennor Balda da Puntos, Exzellenz Trumholz aus der Reichskanzlei, Geheimrat von Kestner vom Reichsfinanzministerium, Fürst Barschitzky, Generalleutnant von Sonderberg usw. — — —. Alles trotz der klingenden Namen, der tadellosen Fracks, zweite, dritte, vierte Klasse. Sterne dieser zweifelhaften Welt, die von der Nachkriegszeit in der Welthauptstadt des Papierfetzens zusammengetragen wurden. Russische Emigranten, balkanische Schieber, südamerikanische Hochstapler, deutsche Staatsbeamte, die sich mitreißen ließen, Börsenjobber, Glücksspieler, Devisenjäger, Rechtsanwälte mit zweifelhaft gutem Ruf und unzweifelhaft guter Praxis — — — alles Existenzen, die in der Flut des Papiergeldes schwammer. Sich vollsogen in ihr.

Das war der Freundes- und Kundenkreis, der sich um das neue Bankhaus und seine jungen Chefs scharte. Reinhold schien noch etwas bedrückt und linkisch, doch Avalescu war auf der Höhe seines Glanzes, sprach Französisch, Englisch, Spanisch, Serbisch, alles durcheinander, klopfte dem Fürsten Barschitzky wohlwollend auf die Schulter, nannte Exzellenz Trumholz seinen lieben Freund und patronisierte in großartiger Weise Mama Weyl, die in einem funkelnagelneuen, von Reinhold gespendeten Seidenkleide dem Feste beiwohnte.

(Fortsetzung folgt.)

Das Evangelium des Alten Testaments.

Man hat den wundervollen Abschnitt aus dem Buch des Propheten Jesajas 40, 1—11 der die alttestamentliche Lektion des dritten Adventsonntags bildet, das Evangelium des Alten Testaments genannt. In der Tat, das sind evangelische Klänge: die Botschaft von der Vergebung und dem Ende der Heimsuchung um der Sünde willen, die Ankündigung des Kommens des guten Hirten, der die Lämmer in seine Arme sammeln wird, das Zeugnis von dem Offenbarwerden der Herrlichkeit des Herrn... das alles sind Töne, die uns neutestamentlich anmuten und nicht passen wollen in das meist im Alten Bunde gezeichnete Bild eines Messias, der als gewaltiger König und Sieger einherzieht. Was hier als vorahnende vorausschauende Prophetie uns erscheint, in der Fülle der Zeit ist es Wahrheit geworden in der Erscheinung Jesu von Nazareth. Und damit charakterisiert sich diese Zeit der Erfüllung als Zeit der großen Freude, die allem Volk widerfahren soll.

Recht eigentlich Evangelium ist solche Botschaft, eine „Froh-Botschaft". Nichts ist bezeichnender für das Evangelium, als daß in ihm immer wieder der Ton der Freude durchklingt. Wie wunderbar ist dieser Klang in einer Welt, die im tiefsten Grunde als eine Welt der Sünde auch eine Welt der Traurigkeit ist, in einer Zeit, die an Freuden arm, an Leid und Trübsal, Not und Kummer und Sorgen reich ist, in einer Menschenseele, die unter Druck und Lasten steht! Wir stehen im Advent in einer Zeit der Vorahnung und Vorbereitung der Weihnachtsfreude, sie ist wie ein Abbild der ganzen Zeit des Alten Bundes mit seinem Warten und Sehnen und Hoffen. Noch ist solche Freude nicht Gegenwart. Aber sie wird es in unserem Leben immer sein, wo und wenn wir singen können: „Freude, Freude über Freude, Jesus wehrte allem Leide. Wonne, Wonne über Wonne, Christus ist die Gnadensonne". Das ist Evangelium aller Zeiten.

D. Blau-Posen.

Kreistagswahlen.

Die Kreistagswahlen für den Kreis Witkowo finden am Sonntag, dem 20. Dezember 1925, in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Jeder Deutsche im Bezirk des Distriktskommissariats Witkowo I hat zu stimmen für die Kandidatenliste Nr. 2 (deutsche Liste), Spitzenkandidat Oskar Behnke-Gorzykówko (Görzhof).

Im Bezirk des Distriktskommissariats Witkowo II (früher Powidz) für die Kandidatenliste Nr. 3 (deutsche Liste), Spitzenkandidat Wilhelm Reschke-Rzemachowo.

Im Bezirk des Distriktskommissariats Czerniejewo (Schwarzenau) für die Kandidatenliste Nr. 1 (deutsche Liste), Spitzenkandidat Oskar Tietz-Czerniejewo.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Dezember.

Stadtverordnetensitzung.

Es war wieder einmal im Stadtparlament recht bewegt. Die Beratungen hatten einen eigenartigen Charakter. Vor- und Nachberatungen im kleinen Kreise, Zwischen- und Nebenkonferenzen besonders interessierter Gruppen gestalteten das Versammlungsbild bunter als sonst. Eine ausnehmend heikle Vorlage war in dieser Beziehung die Theatervorlage, deren Ablehnung mit einer Stimme Mehrheit beinahe Verwirrung verursachte. Der Versammlungsleiter mußte schließlich zur Glocke greifen, um die um sich greifende Erregung zu bannen. Eine eigene Note erhielt die gestrige Stadtverordnetensitzung ferner durch die Studentendemonstration gegen die geplante

Auflösung der medizinischen Fakultät,

die gegen Versammlungsschluß veranstaltet wurde.

Dieser Auflösungsplan gelangte vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung zur Sprache. Es ergriffen die Stadtverordneten Bapst, Buggel und Prof. Paczkowski das Wort.

Stadtv. Buggel meinte, daß die Auflösung neben der 20prozentigen Gesamtreduktion des Budgets eine besondere Benachteiligung Posens sei.

Stadtv. Prof. Paczkowski wies auf die großen Investitionen für die medizinische Fakultät hin und auf den Umstand, daß die Mittel ein Studium an anderen Universitäten erschwerten.

Die Stadtverordnetenversammlung ging auf den Vorschlag der Abhaltung einer Sitzung ein, die am kommenden Montag stattfinden soll und an der verschiedene Organisationen, Abgeordnete und Vertreter der Presse teilnehmen sollen. Es wird sich dann eine Abordnung mit einer Entschließung nach Warschau begeben, um den Protest vorzutragen und zu begründen.

Die Auflösung der Lokaldeputationen

in den neuangeschlossenen Gemeinden Naramowice, Kommenderie, Rataj und Dembsen, die im Zusammenhang mit den Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung und den Sparsamkeitsmaßnahmen des Magistrats erfolgt, wurde im Sinne der Ausführungen des Berichterstatters beschlossen.

Um die Festsetzung der Höhe der

Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer

wurde ziemlich hart gekämpft. Es bestand die Tendenz, die Vorlage erst nach Überprüfung des nächstjährigen Haushaltsvoranschlags zu erledigen.

Gegen die verlangte Minderbelastung der Bevölkerung war der Stadtpräsident Ratajski, der die Magistratsvorlage, die 30 Prozent von den Patenten und 25 Prozent von der Umsatzsteuer vorsah, verteidigte. Die Steuer, die ohnehin im Vergleich zum Jahre 1925 eine Herabsetzung erfahren habe, bilde die Grundlage der ganzen Finanzwirtschaft. Wenn es sich um die Wohnungssteuer handelte, wären die Einwände wohl berechtigt. Was die Gewerbesteuer betreffe, so handle es sich dabei zum großen Teil um die Provinz, auf die der Kaufmann seine Mehrbelastungen abwälzen könne.

Stadtv. Buggel erklärte, daß man sich jetzt auf dem Friedhof des Wirtschaftslebens befinde, weil zu viel Steuern erhoben worden seien. Es müsse eine Atempause eintreten.

Bei der Abstimmung wurden statt der 30 Prozent nur 15 Prozent beschlossen, während der andere Teil der Vorlage vertagt wurde.

Stadtv. Pluciński sprach dann zur Angelegenheit der Ernennung der Mitglieder und Stellvertreter der

Einschätzungskommission der Einkommensteuer.

Die Finanzkammer habe der Stadtverordnetenversammlung eine technisch unmögliche Frist für die Durchführung der Wahl gegeben und sei nicht im Recht, wenn die gewählten Mitglieder nicht anerkannt würden. Im Jahre 1924 habe die Frist vier Wochen betragen, und was die Mitglieder selbst betreffe, so müßten es Leute sein, die die Verhältnisse kennen. Ein bezüglicher Antrag verlangte vom Magistrat, sich an das Oberste Verwaltungsgericht zu wenden.

Im Laufe der Aussprache kam es zu heftigen Angriffen gegen den Vizepräsidenten Dr. Kiedacz und zu scharfen Vorwürfen gegen die Steuerveranlagung der Einschätzungskommission.

Stadtv. Cofta sagte, daß man die redlichen Steuerzahler zu Dieben mache.

Stadtv. Libera meinte, daß die Zusammensetzung der Kommission unbequem sei.

Prof. Paczkowski führte aus, daß es sich doch eigentlich um den Zeitpunkt handle, da die Mitteilung zur Vornahme der Wahl an die Stadtverordnetenversammlung ergangen sei.

Schließlich wurde sein Vorschlag, daß sich der Magistrat in dieser Sache mit der Finanzkammer verständigen solle, angenommen.

Markt- und Rampengebühren.

Der Erhöhung der Marktgebühren auf dem Städtischen Schlachthofe und der Einführung von Rampengebühren in Höhe der Hälfte der Marktgebühren stimmte die Versammlung widerspruchslos zu.

Es kamen dann die verschiedenen

Nachtragskredite

für die einzelnen Titel des diesjährigen Stadthaushaltsvoranschlags zur Erörterung. Längere Zeit hielt man sich bei der Vorlage über die Gewährung eines Nachtragskredits von 46 000 Zloty in der Position der Ausgaben des Theaterhaushalts auf.

Stadtv. Dr. Stark errechnete in der Aussprache als mutmaßliches Defizit eine Summe von mehreren hunderttausend Zloty. Die Abstimmung ergab das Stimmverhältnis von 13 zu 12. Gegen die Vorlage hatte die Linke, die Invalidengruppe und ein Vertreter der Christlichen Demokratie gestimmt, der, wohl unbewußt, wie aus dem Stimmverhältnis zu ersehen ist, den Ausschlag gab, wofür er von seinen Parteikollegen die nötigen Belehrungen einzuheimsen hatte.

Beschlossen wurde eine

Herabsetzung der Opernpreise

um 30 Prozent im Parkett und ersten Rang und um 40 Prozent im zweiten und dritten Rang.

Verschiedene Vorlagen wurden auffälligerweise unvorbereitet referiert.

Bei der Position der

Fürsorge für die Armen und Arbeitslosen

warf der Stadtverordnete Turtoń dem Magistrat vor, daß er seinen Verpflichtungen gegenüber den physischen Arbeitslosen nicht ganz gerecht werde. Es wurde schließlich eine Entschließung über die Erweiterung der Hilfstätigkeit des Magistrats, ohne Angabe bestimmter Fristen, wie es der Stadtv. Turtoń verlangt hatte, mit einer knappen Mehrheit angenommen.

Inzwischen war in den Sitzungssaal die Kunde von der eingangs erwähnten

Studentendemonstration

gelangt. Nach Schluß der Sitzung hielt der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Hedinger, an die versammelte Studentenschaft vor dem Eingange zum Rathause eine Ansprache, in der er mitteilte, daß die Stadtverordnetenversammlung eine betreffende Aktion in die Wege leiten werde, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Es folgten Hochrufe auf die Stadtverordnetenversammlung, den Stadtpräsidenten und auf die Universität. Die Demonstration fand in der Absingung der „Rota" ihren Abschluß.

Nochmals der Roggendurchschnittspreis für Dezember.

In der Notiz betr. Roggendurchschnittspreis für den Monat Dezember 1925 ist, wie die „Westpoln. Landwirtsch. Gesellschaft" berichtigend mitteilt, ein Druckfehler unterlaufen. Der Durchschnittspreis beträgt nicht 16.52 Zloty **sondern 16.92 Zloty für den Doppelzentner.**

× **Die Posener Geschäftsstunden in der Weihnachtszeit.** Im Einvernehmen mit dem Arbeitsinspektor und mit Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung erlaubt das Städtische Polizeiamt eine Verlegung der Geschäftsstunden in der Zeit vom 14. bis zum 24. Dezember, und zwar so, daß die Geschäfte nicht um 8 Uhr, sondern um 9 Uhr morgens geöffnet und statt um 6 Uhr, um 7 Uhr abends geschlossen werden. Die gesamte Geschäftszeit darf nicht zehn Stunden überschreiten, und das Personal darf im Sinne des Gesetzes nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden. Das Polizeiamt gibt im Zusammenhang damit noch zur Kenntnis, daß am letzten Sonntag vor Weihnachten, also am 20. Dezember, die Geschäfte von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

s. **Erkrankt** ist der Präsident des Appellationsgerichts, Dr. Jan Zakrzewski; sein Vertreter ist der Senatspräsident des Appellationsgerichts Dr. Müller.

s. **Zum Dr. phil.** promovierte an der hiesigen Universität Frl. Bożena Stelmachowska „summa cum laude".

× **Posener Wochenmarktspreise.** Ein Zeichen für die allgemeine Geldknappheit bildet jetzt auch der schwache Besuch der Wochenmärkte der auch auf dem heutigen Freitagmarkte, teilweis wohl auch infolge des schlechten Wetters viel zu wünschen übrig ließ. Man zahlte für das Pfund Landbutter 2.50—2.70 zł, für Tafelbutter 3.00—3.20 zł, für das Liter Milch 30 gr für die Mandel Eier 3.50—3.60 zł, für das Pfund Quark 50 gr, für das Pfund Kartoffeln 4 gr. Aepfel 10—25 gr. für den Kopf Weißkohl und Wirsingkohl 15—20 gr das Pfund Grünkohl 15—20 gr Rosenkohl 50—60 gr, rote Rüben 10 gr. Kürbis das Pfund 5—10 gr eine saure Gurke 10—15 gr, Walnüsse 1 zł 1 Pfd. Backobst 70—80 gr Zwiebeln das Pfund 20—25 gr, eine Zitrone 15—20 gr das Pfd. weiße Bohnen 30 gr Erbsen 25—30 gr das Bund Sellerie 15 gr 1 Pfund Mohn 70 gr. Preißelbeeren 1.10—1.20 zł. — Auf dem Fleischmarkte kostete ein Pfd. roher Speck 1.40 zł. ein Pfund Räucherspeck 1.60 bis 1.70 zł, ein Pfd. Schweinefleisch 0.90—1.20 zł. ein Pfd. Rindfleisch 0.90—1.30 zł. Kalbfleisch 80—90 gr. Hammelfleisch 70—80 gr. Ein Hase kostete 6—7 zł ein Rebhuhn 2.25—2.50 zł. — Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für eine Gans 12—16 zł, für eine Ente 4—5.50 zł für ein Huhn 1.50—3.50 zł, für ein Paar Tauben 1.20—1.40 zł. — Der Fischmarkt war sehr schwach belebt. Es notierten das Pfund Karpfen mit 1.60—1.80 zł, Hechte mit 1.20—1.40 zł. Schleie mit 1.30—1.50 zł Bleie mit 0.80—1.10 zł, Weißfische mit 30—60 gr.

× **Die Eigentümer gestohlener Gegenstände gesucht.** Auf dem 3. Polizeikommissariat an der ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) lagern noch 8 Fahrräder und ein großer Stuhlschlitten und im 2. Polizeikommissariat am Wronkerplatz zwei Fahrräder. Die Eigentümer können sich bei den genannten Polizeikommissariaten melden.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung an der ul. Sw. Józefa 6 (fr. Petristraße) Wäschestücke im Werte von 500 zł; einem angetrunkenen Manne in der ul. Łazienna (fr. Badegasse) eine silberne Herrenuhr, ein silbernes Zigarettenetui mit 4 Pferdeköpfen und 64 zł bares Geld.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag,	den 11. 12.	Verein deutscher Sänger. 8 Uhr abends Uebungsstunde.
Sonnabend,	den 12. 12.	Ev. Verein junger Männer: Wochenschlußandacht.
Sonntag,	den 13. 12.	Ev. Verein junger Männer: D. Staemmler: Vortrag.
Sonntag,	den 13. 12.	**Bach-Verein Bromberg: Weihnachtsoratorium.**

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heute, Freitag, früh + 0.28 Meter, gegen + 0.23 Meter gestern früh.

× **Vom Wetter.** Heute Freitag früh waren drei Grad Wärme und Schneefall; in der Nacht war Schnee in erheblichen Mengen herniedergegangen.

s. **Adelnau** 10. Dezember. Auf dem Rittergut Cieszyn wurde das Stubenmädchen Marta Glund im Bette tot aufgefunden, das andere Mädchen Marja Bystrak kniete vor dem Bett und gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Es scheint Kohlengasvergiftung vorzuliegen.

* **Graudenz,** 8. Dezember. Ein noch unaufgeklärter Todesfall beschäftigt hier die Öffentlichkeit. Am Donnerstag fand man den Nachtwächter der Aktienbrauerei Kunterstein in seiner Wachtstube erhängt vor. Es schien anfänglich, daß der Mann Selbstmord begangen habe, aber bei näherer Untersuchung erschien ein solcher als ausgeschlossen. Dem Anscheine nach ist der Mann ermordet und dann aufgehängt worden.

* **Neutomischel,** 10. Dezember. Im Dorfe Witomischel geriet ein an der Dreschmaschine beschäftigtes Mädchen zwischen die Riemen und trug schwere Verletzungen davon. Das Mädchen wurde dem Krankenhause zugeführt.

* **Ostrowo,** 11. Dezember. Seinen Wohnsitz aus Posen hierher verlegt hat der Rechtsanwalt und Notar Zygmunt v. Gajtorowski. Er ist ein Sohn des verstorbenen Sanitätsrats Dr. Gajtorowski.

* **Tuchel,** 9. Dezember. In der Königsbrucher Staatsforst fand man einen unbekannten Mann im ungefähren Alter von 55 Jahren erfroren vor.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein schwebendes Verfahren. Der „Kurjer Poznański" schreibt: „Zu dreist hat Fräulein Emma Rode-Żywiec, die in der ulica Fredry 8 wohnt, die polnischen Gerichte kritisiert. Bei einer bestimmten Gelegenheit soll Fräulein Rode geäußert haben, daß man in den polnischen Gerichten für „Łapówkis" und mit etwas „Raffinerie" (nach den Worten der Angeklagten) alles erreichen kann. Dafür wurde sie zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Fräulein Rode-Żywiec erschien jedoch zur Verhandlung nicht. Die erste Verhandlung im August d. Js. wurde auf die Erklärung des Rechtsanwalts Lompa hin, daß die Angeklagte krank sei, vertagt. In der nächsten Verhandlung am 15. September legte der Verteidiger eine ärztliche Bescheinigung vor und erlangte die Wiedervertagung. In der dritten Verhandlung, die auf den vorgestrigen Tag angesetzt war, legte der Verteidiger wieder eine ärztliche Bescheinigung vor. Die Verhandlung mußte auch zum dritten Male vertagt werden, jedoch mit der Bestimmung, daß Fräulein Rode-Żywiec sich vom Kreisarzt behandeln lassen soll. Für den Fall, daß der Gesundheitszustand gestattet haben sollte, zur Verhandlung zu erscheinen, hat das Gericht einen Haftbefehl gegen die widerspenstige Angeklagte erlassen."

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

B. S. in L. Derartige Forderungen müssen voll aufgewertet werden. Da die deutsche Mark in den Jahren 1918 und 1919 bereits nicht mehr den vollen Goldmarkwert hatte, müßte dieser je nach dem Entstehen der Forderung erst genau festgestellt werden.

Paul K. Poznań. Solche Einzahlungen haben leider jeden Wert eingebüßt.

B. K. in L. Beleidigungen verjähren in drei Monaten; Sie haben demnach in der Angelegenheit nichts mehr zu befürchten.

R. L. in Sch. 1. Handelspatent dritter Kategorie über 20 000 bis 100 000 zł jährlich. 2. Handelspatent zweiter Kategorie über 100 000 bis 500 000 zł jährlich.

R. B. in R. 1. Diese Fragen Ihnen zuverlässig zu beantworten, sind wir nicht imstande. Wenden Sie sich an das deutsche Generalkonsulat in Posen, als die allein dafür zuständige Stelle. 2. Für das unvollständige Lexikon haben wir keine Verwendung. Vielleicht versuchen Sie es einmal mit einer Anzeige im „Pos. Tagebl."

A. Sch. in W. 1. Im allgemeinen 15 Prozent. 2. Unseres Dafürhaltens ist die Forderung der Kasse berechtigt. Die am 1. Juli 1922 gezahlten 28 000 deutsche Mark hatten einen Wert von 4000 Zloty, und diese haben Sie Ihrem Bürgen zurückzuerstatten.

M. Sp. in W. Kś. Wenden Sie sich in der Angelegenheit an Herrn Pater Kempf in Poznań, ul. Franciszkańska 2.

F. S. 1. Wir sind nicht in der Lage, zu entscheiden, weshalb diese Bedingung bei der Ausschreibung der Jagd nicht bekannt gemacht worden ist. 2. Das ist keine Anfrage, sondern eine Mitteilung, zu der wir nur zu äußern haben, daß sich doch wohl durch Zeugen wird feststellen lassen, wo die Bekanntmachung angeheftet gewesen ist. 3. Sie können allein in der Angelegenheit bei der Wojewodschaft Beschwerde einlegen. 4. Sie betrachten zwar den Jagdhund als Hofhund, die Steuerveranlagungsbehörde jedoch offenbar, und zwar offenbar aus gutem Grunde, nicht. Sie können Einspruch gegen die Veranlagung beim Starosten einlegen (Stempelmarke von 2 zł), versprechen uns jedoch nach den von Ihnen geschilderten Umständen von dem Einspruch keinen Erfolg. Zunächst haben Sie die Steuer zu bezahlen. 5. Darüber gibt es keine allgemeine Bestimmung, diese ist für jede Gemeinde verschieden. 6. Auch das können wir Ihnen nicht sagen, da das ganz vom Beschlusse Ihrer Gemeinde abhängt.

Adler. Immer und immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß wir Anfragen, bei denen die für unseren Briefkasten geltenden Bedingungen (Beifügung des Bezugscheins und eines Briefumschlags mit Freimarke) nicht beachtet sind, nicht beantworten.

E. Sch. Das 1911 gegebene Darlehn hatte einen Wert von 1476 zł, davon sind 10 Prozent, d. h. also 147,60 zł zurückzuzahlen. Die verabredeten Zinsen der letzten 4 Jahre sind ebenfalls mit 10 Prozent aufzuwerten.

Wettervoraussage für Sonnabend, 12. Dezember.

= **Berlin** 11. Dezember. **Wolkig leichte Regenfälle, Temperaturen über Null.**

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Handel.

Die Inlandspreise für polnische Naphthaprodukte sind vom Wirtschaftsverband der Raffinerien für Mineralöle in Warschau (Ziednoczenie Gospodarcze Rafinerji Olejów Mineralnych) im Einvernehmen mit dem Ministerium für Industrie und Handel um 15% erhöht worden, wobei für Petroleum, Benzin und Paraffin einheitliche Preise für das ganze Staatsgebiet festgesetzt wurden. Kaufabschlüsse können nur gegen Barzahlung bei der Bestellung erfolgen. Die Petroleumpreise sind von 46 auf 52 zł je 100 kg loko Lager erhöht worden. Als Motiv für die Preissteigerung wird von den Raffinerien das Steigen des Dollarkurses angegeben.

Auf dem Textilwarenmarkt in Lodz herrscht weiterhin eine gespannte Stimmung. Die Baumwoll- wie auch die Wollbranche liegt vollkommen still. Trotz des fallenden Dollarkurses in den letzten Tagen der vergangenen Woche wurden keinerlei Geschäfte gemacht, da man ein noch weiteres Sinken erwartete. Inzwischen ist der Kurs wieder hoch geschnellt und die Kaufleute halten mit dem Einkauf zurück, da niemand voraussehen kann, wann die Lage sich bessern wird. Die Kauflust ist durchweg nicht groß gewesen und durch die neuen hohen Preise, die nach dem Dollarkurse berechnet werden, ist sie noch mehr gesunken. Seit einigen Tagen herrscht auf dem Wollmarkt ein solcher Stillstand, daß auch das Sinken des Dollars keine Belebung mehr herbeiführen konnte.

Industrie.

Über das polnische Eisensyndikat meldet das „Wolffbüro": In einer Plenarversammlung sämtlicher polnischer Eisenhüttenwerke in Kattowitz wurde die Frage des Beitritts der kongreßpolnischen Werke zwecks Bildung eines gesamtpolnischen Syndikats der Eisenhüttenwerke erörtert. Nachdem nun auch die Huta Hantke ihren grundsätzlichen Beitritt erklärt hat und in einer heutigen Plenarversammlung festgestellt wurde, daß die Huta Bankowa sich über ihren Eintritt mit den oberschlesischen Werken vollkommen geeinigt hat, ist nunmehr das gesamtpolnische Eisensyndikat so gut wie abgeschlossen. Es fehlt nur noch ein Werk, daß jedoch dem Vernehmen nach auch grundsätzlich einverstanden sein soll. Die Plenarversammlung hat weiter über die zukünftige Preispolitik beraten. Man verständigte sich dahin, daß die bisherigen Verlustpreise eine Erhöhung erfahren müssen, was auch in einer gleichfalls beschlossenen Preiserhöhung zum Ausdruck kam.

Geldwesen.

Pfandbriefe in der Schweiz. Das Finanzministerium hat einen Plan zur Ausgabe von Pfandbriefen ausgearbeitet. Bisher wurden in der Schweiz keine Pfandbriefe ausgegeben, und die jetzt erscheinenden sind die ersten, die im Bundesstaat herauskommen.

Wechselproteste durch die Postämter sollen in ganz Polen vom 1. Januar 1926 ab erhoben werden können. Das Postamt zeigt den Wechsel am Verfalltage vor, kann ihn aber auch noch bis Mittag des nächsten Tages behalten, sofern der Schuldner erklärt, daß er ihn einlösen werde.

Di deutsche Kalianleihe, die am 8. Dezember in London zur Zeichnung aufgelegt worden war, fand vollen Zuspruch unter den Interessenten, so daß die Liste alsbald geschlossen werden mußte. Die Anmeldungen ergaben eine solche Überzeichnung, daß man diese auf das Zwanzigfache des Anleihebetrages annimmt.

Aktiengesellschaften.

In Sachen Stock Motorpflug und der mitengagierten Landwirte hat jetzt nach einer Korrespondenzmeldung ein Rechtsanwalt vom Reichslandbund die Bildung eines Gläubigerschutzverbandes eingeleitet, der mit allen gesetzlichen Mitteln die Lieferung von Maschinen sowie die Durchführung von Schadenersatzansprüchen gegenüber Stock betreiben will. Bekanntlich wurden mit Landwirten im Frühjahr Lieferungsverträge seitens der dem Kahn-Konzern angehörenden Stock Motorpflug A.-G. abgeschlossen, die ein Drittel Anzahlung auf den Kaufpreis und hinsichtlich des Restes die Hingabe von Wechseln vorsahen, bei denen Stock sich die Ausfüllung des Fälligkeitsdatums vorbehielt, jedoch ausdrücklich mit dem Käufer vereinbarte, daß die Wechsel vor Lieferung des Pfluges nicht präsentiert würden. Die Lieferung der Pflüge war für August und September vorgesehen. Die Wechsel sollten teils Januar, teils März 1925 fällig werden, bei schlechter Ernte sogar bis August 1926. Nach den Bestimmungen der Kreditaktion des Ernährungsministeriums mußten sämtliche gestundeten Beträge durch Wechsel gedeckt sein. Der Kahn-Konzern setzte nun Wechsel von Rm. 6 Mill. um für gelieferte Kraftpflüge. Außerdem diskontierte Stock auch solche Wechsel, für die die Lieferung der Maschinen noch ausstand. Bekanntlich handelt es sich dabei um Wechsel für 200 Maschinen über Rm. 1 800 000. Mit einem Rundschreiben vom 25. November habe nun die Deutsche Girozentrale zur Einlösung dieser Wechsel eine Frist nur bis 27. November gesetzt. Die Girozentrale könne, so sagt die Korrespondenz, im Wechselprozeß das Lieferungsabkommen mit Stock nicht entgegengehalten werden seitens der Landwirte, die bisher keinen Pflug erhielten und auch noch den Kaufpreis verlieren würden, wenn Stock in Konkurs geraten sollte. (Der Geschäftsaufsichtsantrag schwebt noch immer.) Die Kreditaktion des Reichsernährungsministeriums, die dem landwirtschaftlichen Betriebe nützlich sein wollte, schlägt also, so heißt es weiter, dadurch in eine Aktion zur „Vernichtung von 200 Landwirtschaftsbetrieben" um. Zunächst werde die Sicherstellung der Maschinenlieferung und weine eitere Stundung „durch Eingreifen des Ernährungsministeriums" zu verlangen sein, meint der Schutzverband.

s. Młyn Ziemiański w Starołęce Tow. Akc. zahlt für das Geschäftsjahr 1924/25 5 Prozent Dividende. Die Kupons löst die Poznański Bank Ziemian Sp. Akc. ein.

s. Die Lubońska Fabryka Drożdży daw. G. Sinner T. A. Luboń pow. Poznań, zahlt für das Geschäftsjahr 1924/25 für die 1000 Markaktie 5.20 Złoty Dividende.

Märkte.

Getreide. Warschau, 10. Dezember. R.-Mehl „0000" für 1 kg 0.48, „00" und 95proz. 0.33, Brot 0.48, Schrotbrot 0.35 zł für 1 kg.

Lublin, 10. Dezember. Für 100 kg in Dollars. Roggen 118 f 2.40—2.50, 116 f 2.30—2.40, Weizen 126 f 4.20, 128 f 4.20 bis 4.40, Braugerste 2.80, Graupengerste 2.20—2.40, Einh.-Hafer 2.20—3.40, Sammelhafer 2—2.20, Speisekartoffeln 4 zł, Fabrikkartoffeln 3.40 fr. Verladestation.

Danzig, 10. Dezember. Weizen 128—130 f 13.75—14.37½, 120—123 f 12½—13¼, Roggen 118 f 9—9.125, Futtergerste 9 bis 9.50, Braugerste 9.50—10.25, heller Hafer 8.80—9.60, gelber 8 bis 8½, Futtererbsen 9¾—10½, Speiseerbsen 10—10½, grüne 11—13½, Vikt.-Erbsen 12½—15½, R.-Kleie 5½—5¾, W.-Kleie 7—7.125 für 50 kg fr. Danzig. R.-Mehl 60proz. 30½, „000" W.-Mehl und 25proz. mit einer Mischung ausländischen Mehls 50, „000" W.-Mehl neuer Ernte 44½ für 100 kg.

Berlin, 10. Dezember. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg fr. Verladestation. Mehl und Kleie für 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 253—258, Pommereller 256—261, märk. Roggen 153—159, pommereller 158—163, Braugerste 196—221, neue Winterfuttergerste 158—171, märk. Hafer 167—177, W.-Mehl 33¼—37¼, R.-Mehl 23—25½, W.-Kleie 11.90—12, R.-Kleie 9.85—10.20, Viktoriaerbsen 26—32½, Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 19½ bis 20½, Peluschken 17—18, Feldbohnen 20—21, Wicken 21—23, blaue Lupinen 11¾—12¼, gelbe 12—14½, Rapskuchen 15.40 bis 15.60, Leinkuchen 24—24.20, Kartoffelflocken 15—15.40. Tendenz befestigt.

Chikago, 9. Dezember. Cents für 1 Bushel. Weizen Hardwinter II loko 177½, mixed II loko 175½—178, für Dezember alt 176, neu 173¼, Juli neu 151, Roggen für Dezember 106, Mai 114½, Juli 113½, Mais gelb II loko 82½, weiß III loko 76¾, gemischt IV loko 75½, Dezember 81¼, Mai 87, Juli 88⅞, Hafer weiß II loko 43.25, Dezember 42.50, Mai 46⅜, Juli 46.75, Gerste malting loko 69—76. Tendenz fest. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Breslau, 10. Dezember. Für 100 kg franko Verladestation Schlesien. Weizen 21, Roggen 18, Wintergerste 15.50, Braugerste 18, Speisekartoffeln 1.30, Weizenmehl 33, Roggenmehl 23½, ausgesuchtes 41, Weizenkleie 10.25, Roggenkleie 9.50—10, Gerstenkleie 12—14. Tendenz für Getreide ruhig.

Metalle. Berlin, 10. Dezember. Amtl. Notierungen für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sofort. Lieferung für 100 kg 133¼, Raff.-Kupfer 99—99.3% 1.18—1.19, Orig. Hüttenrohzink i. fr. Verkehr 0.76½—0.77½, Remelted Plattenzink 0.64—0.65, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.40, dasselbe in Barren, gew. und gez. in Drahtbarren 2.40—2.45.

Edelmetalle. Berlin, 10. Dezember. Gold i. fr. Verkehr für 1 Gramm 2.72—2.82 Mk., Platin i. fr. Verkehr 14.25—14.50 Mk für 1 Gramm.

Wolle. Thorn, 10. Dezember. Inlandsreinwolle 30 Dollar pro 50 kg.

Baumwolle. Bremen, 10. Dezember. Amerik. Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Erste Ziffer Verkauf, zweite Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 21.66, Januar 20.15—19.90, März 20.29—20.22, Mai 20.27—20.22, Juli 20.15—20.07, September 19.96—19.76, Oktober 19.90—19.67. Tendenz ruhig.

Städtischer Viehmarkt vom 11. Dezember 1925

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 37 Rinder, 171 Schweine, 137 Kälber, 364 Schafe, zusammen 709 Stück Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Kälber: beste, gemästete Kälber 94—96, mittelmässig gemästete Kälber und Säuger bester Sorte 84—86, weniger gemästete Kälber und gute Säuger 74—76, minderwertige Säuger —.—.

Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 68—70, ältere Masthammel, mäßige Mastlämmer und gut genährte, junge Schafe 60, mäßig genährte Hammel und Schafe 50.

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 156, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogramm Lebendgewicht 148—150, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 140, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht —.—. Sauen und späte Kastrate —.—.

Marktverlauf: lebhaft.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 11. Dezember 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	38.00—40.00	Gerste	21.00—23.00
Roggen	23.00—24.00	Hafer	24.00—25.00
Weizenmehl (65% inkl. Säcke)	57.00—60.00	Felderbsen	2[illegible].00—30.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	35.25—36.25	Viktoriaerbsen	40.00—42.00
Roggenmehl (65% inkl. Säcke)	36.50—37.50	Weizenkleie	18.00—19.00
Braugerste prima	26.00—28.00	Roggenkleie	16.00—17.00
		Eßkartoffeln	—.—

Marktlage und Tendenz nicht einheitlich.

Posener Börse.

	11.12.	10.12.		11.12	10.12
4 Pos. Pfdbr. alt	—	—	Herzf. Vikt I.-III.	—	—
6 listy zbożowe	5.50	5.60	Hurtown. Skór I.-IV.	—	—
8 dolar. listy	2.90	3.20	Juno I.-III.	—	—
5 Poż. konwers.	0.30	0.29	Lubań I.-IV.	63.50	—
10 Poż. kolejowa		—	Dr. R. May I.-V.	19.00	19.00
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—	2.25	Młyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Przemysł I.-II.	—	2.00	Płótno I.-III.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Arkona I.-V.	—	—	Sp. Drzewna I. VII.	—	—
Barcikowski I.-VII	—	—	Sp. Stolarska I.-III.	—	—
Cegielski I.-IX	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.		—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	—	Tri I.-III.	-	—
Centr. Skór I.-V.	—	-	Unja I.-III.	—	—
Goplana I.-III.	—	—	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	1.2[illegible]
C. Hartwig I.-VII.	0.55	0.45	Wytw. Chem. I.-VI	—	0.2[illegible]
Hartw. Kant. I.-II.	—	1.80	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	—

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	11. 12.	10. 12.		11.12.	10.12.
Amsterdam	383.05	382.75	Paris	35.95	35.9
Berlin*)	226.49	226.50	Prag	28.23	28.2
Helsingfors	—	—	Stockholm	—	—
London	46.20	46.19	Wien	134.47	134.0
Neuyork	9.52	9.52	Zürich	183.60	183.6

*) über London errechnet.

Effekten:	11.12.	10.12.		11.12	10.12.
6% P. P. Konwers	81	80	Nobel II.—V.	—	1.30
5% „	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	0.49	0.50
6% Poż Dolar.	69	69	Modrzejow. I.—VII	2.40	2.45
10% Poż. Kolej. S. I.	85	85	Ostrowieckie I.-VII.	4.00	4.15
Bank Dysk. I.—VII	4.60	—	Starachow. I.—VIII	0.95	0.96
B. Handl. W. XI.-XII	2.10	2.10	Zieleniewski I.-V.	11.25	11.50
B. Zachodni I.-VI.	1.10	—	Zyrardów	6.75	6.85
Chodorów I.-VII.	5.15	5.15	Borkowski I.-VIII.	0.70	0.65
W. T. F. Cukru	1.70		Haberbusch i Sch.	5.05	5.00
Kop. Węgli I.-III.	1.33	1.30	Majewski	-	—

Tendenz: unverändert.

Die Notierungen der Danziger Börse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	11. 12.	10. 12.	Devisen (Geldk.	11. 12.	10. 12.
London	20.351	20.345	Kopenhagen	104.77	104.77
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	85.49	85.44
Rio de Janeiro	0.605	0.596	Paris	15.83	15.865
Amsterdam	168.54	168.52	Prag	12.422	12.442
Brüssel	19.03	19.01	Schweiz	80.84	80.85
Danzig	80.70	80.63	Bulgarien	3.055	3.055
Helsingfors	10.545	10.545	Stockholm	112.24	112.24
Italien	16.88	16.88	Budapest	5.87	5.87
Jugoslawien	7.44	7.44	Wien	59.13	59.12

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	11. 12.	10.12.		11. 12.	10.12.
Harp. Bgb.	* 93½	* 93¾	Görl. Wagg.	17½	17¾
Kattw. Bgb.	-	—	Rheinmet.	14	13⅞
Laurahütte	26	25¼	Kahlbaum	83½	81
Obschl. Eisenb.	* 44½	* —	Schulth. Pt.	—	104½
Obschl. Ind.	* 36½	* —	Dtsch. Petr.	49	48½
Dtsch. Kali	20¾	—	Hapag	* 92⅝	* —
Höchst. Farbw.	108¾	106½	Dtsch. Bk.	*106⅛	*104[illegible]
A. E. G.	* 93	* 91¾	Disc. Com.	*103¾	*103½

Tendenz: fest.

Ostdevisen. Berlin, 11. Dezember, 2^{30} nachm. Auszahlung Warschau 43.89—44.11, Große Polen 42.78—43.22, Kleine Polen 42.28—42.72.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 11. Dezember, mittags 1 ^{30} Uhr. Auf allen Umsatzgebieten herrscht rege Unternehmungslust. Meinungskäufe im Verein mit Deckungen führten namhafte Besserungen der Industriewerte herbei. Bevorzugt waren wieder Schiffahrtsaktien, die alsbald über den ersten Kurs hinausstiegen.

Errichtung einer Petroleumbörse in Rumänien. Auf Anregung der Handelskammer in Ploesti und des Verbandes rumänischer Petroleum-Industrieller wird am 1. Januar 1926 eine Petroleumbörse errichtet, mit der ein Zentrum für den rumänischen Petroleumhandel geschaffen wird, an dem es bisher gemangelt hat.

Der Złoty am 10. Dezember 1925. Danzig: Złoty 58.43 bis 58.57, Überw. Warschau 55.93—56.07, Berlin: Złoty 45.77 bis 46.23, Überw. Warschau, Posen oder Kattowitz 46.38—46.62, Zürich: Überw. Warschau 61, London: Überw. Warschau 40, Neuyork: Überw. Warschau 12, Wien: Złoty 66½—77½ Überw. Warschau 75¾, Prag: Złoty 361½—371½, Überw. Warschau 364½—370½, Budapest: Złoty 7500—8200, Tschernowitz: Überw. Warschau 25, Bukarest: Überw. Warschau 25½, Riga: Überw. Warschau 67.

1 Gramm Feingold wurde für den 11. Dezember 1925 auf 5.9151 zł. festgesetzt. (1 Goldfrank gleich 1.7172 zł.) (M. P. Nr. 286 vom 10. 12. 1925.)

Dollarparität am 11. Dezember in Warschau 9.50 zł, Danzig —.— zł, Berlin 9.55 zł.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gottesd. P. Lic. Schneider. — 11¼: Kindergd. Derselbe.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde). Sonnabend, 6: Wochenschlußgd. fällt aus. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Hänisch. — 11½: Kindergottesdienst. Derselbe. — Mittwoch, 6¼: Adventsgd.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. P. Hammer. — 11¾: Kindergd. Ders. — Montag, 5: Sitzung der Frauenhilfe von St. Pauli im Sitzungssaal. — Mittwoch, 6½, Adventsand. P. Hammer. — Amtswoche. D. Staemmler.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr., Sonntag, 10: Gd. Dienstag, 4: Frauenv. Mittwoch, 8: Kirchenchor.

Christuskirche. Sonntag, Gottesd. 10: Rhode. — Danach Kindergd. — Mittwoch, 6: Adventsgottesdienst.

St. Matthäikirche. Sonntag, 10: Gottesd. Brummack. — 11½: Kgd. — Montag, 5: Mitgliederversammlung der Frauenhilfe. — Dienstag, 6: Bibelstunde. — 8: Kirchenchor. — Mittwoch, 7: Jungmädchenkr. — Freitag, 8: Adventsandacht.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Besprechung über die Kirchliche Woche. — Montag, 8: Posaunenchor. — Mittwoch, 7½: Bibelbesprechung. — Donnerstag, 8: Posaunenchor. — Sonnabend, 7: Turnen — : Wochenschlußandacht.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgd. P. Sarowy. Sonntag, 10: Gd. Ders.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, 5½: Jugendbundstunde E. C. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.

Republik Polen.

Die Geldgeschäfte des Herrn Linde.

Warschau 10. Dezember. Wie wir schon seinerzeit berichtet haben, wird der gewesene Präsident der Postsparkasse, Hubert Linde, sich vor den Gerichten zu verantworten haben. Es wird ihm vorgehalten, daß er im Namen der Postsparkasse der Firma Johnson and Matthey in London eine Garantie auf 14 000 englische Pfund erteilt hat. Diese Firma lieh nun diese Summe von 14 000 Pfund dem Bruder des Herrn Präsidenten, Marjan Linde. Die Garantie wurde im geheimen erteilt und wurde unter einer fiktiven Nummer eingetragen. Außerdem erteilte Linde dem Vermittler Goldfeder unter Verpfändung von Wertpapieren, die aber einen sehr geringen Wert hatten, eine Anleihe in der Höhe von 300 000 zł. Diese Gelder wurden auf die Hypothek des Grundbesitzes Petrykozy eingetragen, welchen Besitz Herr Marjan Linde für jene 14 000 englische Pfund gekauft hat.

Reymont begraben.

Warschau, 10. Dezember. Gestern wurden die sterblichen Ueberreste des Schriftstellers Władisław Reymont zu Grabe getragen. Das Begräbnis gestaltete sich zu einer gewaltigen Huldigung für den großen Toten.

Schon in den frühen Morgenstunden sammelten sich in der Nähe der Kathedrale große Menschenmassen an. In der Kathedrale, wo die Leiche aufgebahrt war, versammelten sich die Vertreter der Regierung, die Abgeordneten und Senatoren, das diplomatische Korps usw. Um 10.55 Uhr kam der Staatspräsident und nahm im Presbyterium neben der Familie des Toten Platz. Den Trauergottesdienst hielt Kardinal Kakowski. Um 12 Uhr mittags wurde unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches der Sarg aus der Kathedrale hinausgetragen. Der Kondukt bewegte sich dem Schloßplatz zu. Hinter dem Sarge ging die Familie, dann der Staatspräsident, hierauf die Regierung, die Vertreter des Sejm und Senats. Auf dem Schloßplatze hielt der Unterrichtsminister Grabski eine Trauerrede. Bemerkenswert war in dem Trauerzuge, daß an der Spitze der Delegationen ein bescheidener Kranz von Eichenlaub und Aehren getragen wurde. Auf der Scharpe des Kranzes standen die Worte: „Seinem großen Landsmann“, „Kobiele Wielkie“. Das war der Kranz der Heimatsgemeinde Reymonts. Der Kondukt bewegte sich durch die Krakauer Vorstadt, den Sächsischen Platz nach dem Powonzkower Friedhof. Am offenen Grabe sprachen die Vertreter der Schriftsteller und Journalisten und als letzter der Abgeordnete Witos im Namen der Bauernpartei. Nach Verrichtung der Trauergebete wurde der Sarg in das Grab gesenkt, dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend, welcher in der Erde ruhen wollte.

Ein Rundschreiben des Kultusministers.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Warschau: Der Kultusminister hat an die Schulbehörden ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Behörden dahingehend instruiert werden, daß in den mittleren Schulen, die von Schülern jüdischen Bekenntnisses besucht werden, diese nicht zu schriftlichen Arbeiten am Sonnabend gezwungen werden sollen.

Rückernennung.

Der vom General Sikorski nach Posen versetzte Brigadegeneral Orlicz-Dreszer ist wieder zum Kommandeur der Kavallerie-Division in Warschau ernannt worden.

Vom Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat nahm heute vormittag in geheimer Sitzung die gestern begonnene Beratung über das Arbeitsprogramm für die künftige Abrüstungskonferenz wieder auf. Nach langen und sehr schwierigen Auseinandersetzungen griff man auf das altbewährte Mittel zur Lösung englisch-französischer Gegensätze zurück und beauftragte Herrn Benesch, eine Formel auszuarbeiten. Nach der Sitzung teilte Paul-Boncour mit, daß die Gegensätze im wesentlichen überbrückt seien und Benesch dies in einer Formel zum Ausdruck bringen werde. Auch auf englischer Seite läßt man durchblicken, daß praktisch die Schwierigkeiten beigelegt sind, verhält sich aber zurückhaltender als die Franzosen. Der französisch-belgische Standpunkt hat sich, wie versichert wird, jedenfalls insofern durchgesetzt, als in irgendeiner Form die Untersuchung über die wirtschaftlichen und finanziellen Hilfskräfte, die auf Grund des Artikels 16 einem angegriffenen Staat zur Verfügung zu stellen sind, vorgenommen werden soll. Das war eine Forderung, die Paul-Boncour und der Belgier Hymans mit großem Nachdruck aufrecht erhielten. Wie weit nun aber die Formel, die Benesch finden soll, aus dieser Voruntersuchung und ihrem vorherigen Abschluß eine Voraussetzung und Bedingung für das Zustandekommen der Abrüstungskonferenz macht, bleibt abzuwarten. Bliebe auch hier der französisch-belgische Standpunkt siegreich, so hätten die Engländer, die von einer solchen Voruntersuchung eine Verschleppung der Konferenz befürchteten, glatt nachgegeben. Man muß aber damit rechnen, daß hier die Einigung noch nicht endgültig ist, und muß sich fragen, ob die Engländer nicht ihrerseits durchgesetzt haben, daß eine derartige Untersuchung auf keinen Fall die Konferenz verzögern dürfe.

Der Völkerbundrat nahm im weitern Verlauf seiner Sitzung den Fragebogen an, den das Ratskomitee im Hinblick auf eine künftige Konferenz über private Waffenherstellung ausgearbeitet hat, und den wir gestern bereits mitteilen konnten. Heute nachmittag wird der Völkerbundrat in öffentlicher Sitzung über die polnische Wache auf der Westerplatte beraten. Wie berichtet wird, hat er bereits in geheimer Sitzung seinen Standpunkt festgelegt. Darin wurde die Frage, ob, wie Danzig behauptet, die polnische Wache die Errichtung eines militärischen und Flottenstützpunkts bedeute, verneint, aber bestimmt, daß die 88 Mann nicht außerhalb des Munitionslagers Uniform tragen und keinen andern als Ueberwachungszwecken dienen dürfen, wie auch die polnischen Schiffe nicht im Becken der Westernplatte anlegen dürfen.

Warnungen.

Französische Unternehmerverbände haben sich in Wien bemüht, österreichische Arbeitslose für das französische Industriegebiet anzuwerben. Frankreich kann infolge der Geburteneinschränkung die für die Arbeit notwendigen Menschen nicht mehr aufbringen, weshalb es nach allen Staaten seine Agenten mit dem Auftrag der Werbung von Menschenmaterial entsendet. Etwa 4000 Menschen wanderten aus Österreich nach Frankreich aus, und erlebten, daß man ihnen gegenüber nicht die Verträge hielt. Sie wurden ins Innere Frankreichs verschickt und dort „wie Tiere behandelt“. Ein Brief eines solchen Arbeiters ist jetzt an die Öffentlichkeit gelangt und warnt die Arbeiter, die etwa Lust verspüren sollten, nach dem „gelobten Lande“ auszuwandern. Der Brief lautet nach der in Lodz erscheinenden „Volkszeitung“ folgendermaßen:

„Ich kann jetzt mit voller Gewißheit sagen, daß mit uns die größte Schufterei begangen worden ist. Auch jeden Sonntag müssen wir arbeiten von sieben Uhr früh bis sieben Uhr abends. Wir sind nur Sklaven, aber keine freien Arbeiter. Es ist nicht zum Leben! Hier ist jede Nation zu finden: Italiener, Polen, Slowenen, Deutsche, Ungarn, Böhmen. Hier verdient man nicht einmal die Kost. Lampe, Karbid, Wohnung, alles kostet Geld; wenn der Monat um ist, bekommt man nicht einmal einen Frank auf die Hand. Es ist, mit einem Wort, hier nicht zum Aushalten. Es gehen täglich mehrere durch. Auch ich werde nicht hierbleiben. Man kann es nicht aushalten. Werde nächste Zeit bei Nacht und Nebel gehen, weil man kein Geld hat zum Fahren. Man könnte auch nicht fahren, da man sonst gleich in die Hände der Polizei fallen möchte. Wir sind hier sechs bis acht Deutsche beisammen. Hier ist das Gebiet, wo man Krieg geführt hat. Es sind noch die zerschossenen Häuser, Kanonen, alles zu sehen. Die Arbeit ist nicht zum Aushalten. Ich warne nochmals, damit niemand nachkomme.“

Das Rätsel um Zinaj a Jurewskaja.

Das geheimnisvolle Verschwinden der Künstlerin erregt in Berlin großes Aufsehen. Das Dunkel, das über diesem mysteriösen Fall liegt, ist bis zur Stunde noch nicht geklärt. Der Polizei ist lediglich die lakonische Antwort zugegangen: „Verbrechen ausgeschlossen.“ Irgend welche anderen Anhaltspunkte liegen über den Tod der Sängerin fehlen. Die „Wiener Allg. Ztg.“ hat einen längeren Bericht darüber gebracht, aus dem wir einen Auszug hier wiedergeben. Die Polizei hat bisher ermittelt, daß Frau Jurewskaja in der vorigen Woche ein Telegramm erhalten habe, das in Dorpat aufgegeben sein sollte, in Wirklichkeit aber in Berlin aufgegeben worden ist. Man nimmt sogar an, daß es der Gatte selbst war oder eine der Künstlerin sehr nahestehende Person, die der Jurewskaja zu einer Ausrede verhelfen wollte.

In Andermatt angekommen, hat sie beim Mieten des Zimmers im Hotel Krone erklärt, daß sie sofort einen dringenden Brief schreiben müsse. Nachdem sie diesen Brief an ihren Gatten geschrieben und versiegelt hatte, unternahm sie jenen verhängnisvollen Spaziergang zur Teufelsbrücke. Die Brücke befindet sich über einem 20 Meter tiefen Wasserfall.

Heute wird versucht werden, einige Leute an Seilen hinabzulassen, um nach der Leiche zu forschen. Die aufgebotenen Detektivs sind zu der Überzeugung gelangt, daß ein Selbstmord vorliegt. Die Gründe für einen solchen Selbstmord erscheinen aber völlig unerklärlich. Es steht fest, daß die Künstlerin in letzter Zeit okkultistisch-religiöse Neigungen zeigte und mehrfach Anfälle von Schwermut gehabt hat. Nähere Mitteilungen erwartet man von ihrem Gatten, der sofort beim Bekanntwerden der Nachricht von ihrem Verschwinden nach Andermatt abgereist ist und dort auch den an ihn gerichteten Brief anscheinend in Besitz genommen hat. Der Gatte, ein 35jähriger ehemaliger russischer Offizier namens v. Bremer, wollte gestern die Rückreise nach Berlin antreten; heute ist aber ein Telegramm aus Zürich angekommen, in dem er in unbestimmten Worten seine Ankunft in Berlin in Aussicht stellt, so bald es ihm möglich sei. Das Verhalten Herrn v. Bremers erscheint zumindest sehr merkwürdig.

Deutsches Reich.

Kriegsgräberfürsorge.

In der Novembernummer seiner Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ erließ der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., Berlin, einen Mahnruf, auch im nächsten Jahre den Bezug dieser inhaltreichen, die Gesamtheit des deutschen Volkes angehenden Zeitschrift nicht zu versäumen. Schon haben sich viele den Mahnruf zu Herzen genommen, aber unendlich viele fehlen noch. Die Zeitschrift gehört in jedes deutsche Haus, gleichgültig ob es einen teuren Toten draußen in fremden Landen betrauert oder nicht. Wir Überlebenden samt und sonders stehen in der Dankesschuld unserer unvergeßlichen Gefallenen, deren Ruhestätten der Volksbund betreut. So hat der Volksbund auch in dem neuesten, dem Dezemberheft nochmals zum Bezuge der „Kriegsgräberfürsorge“ aufgerufen. Das Dezemberheft berichtet über die an den Totengedenktagen durch den Volksbund auf Veranlassung von Angehörigen vorgenommenen Schmückungen von Einzelgräbern und die von ihm unmittelbar erfolgten Kranzniederlegungen auf Massengräbern und an den Denksteinen auf einzelnen größeren Friedhöfen. Dann gibt es neben fesselnden Reiseberichten über Besuche auf Friedhöfen in Frankreich, Belgien und Rumänien Auskunft über die Arbeit des Volksbundes auf solchen in Frankreich, Polen, Litauen, Estland und Rumänien. Zu beziehen ist die Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ durch die Bundesgeschäftsstelle des Volksbundes Berlin W. 15, Brandenburgische Straße 27 I.

Die erste deutsche Anleihe in England 18 mal überzeichnet.

Aus London wird gemeldet: Als erste deutsche Anleihe nach dem Kriege wurde in England die 7prozentige Anleihe des deutschen Kalisyndikats in Höhe von 5 Millionen Pfd. Sterling aufgelegt. Der Andrang war so groß, daß schon nach einer Viertelstunde die Zeichnung geschlossen werden mußte. Trotzdem rechnet man mit einer Überzeichnung von 14 bis 18 mal, das heißt, daß an Stelle der benötigten 5 Millionen Pfund Sterling 70 bis 90 Millionen angeboten wurden.

Noch immer die Mordaffäre Rosen.

Beim Mordfall Rosen ist ein neuer mysteriöser Zwischenfall eingetreten. Ein Amulett wird vermißt, das der Tote stets bei sich zu tragen pflegte und um dessen Auslieferung der Bruder des Toten, der Minister a. D., seit dem Todestage sich vergeblich bemüht hat. Dieses Amulett ist ein Geschenk der Mutter an ihren Sohn, die es vorher an den Bruder, der seinerzeit Konsul in Palästina war, gegeben hatte, und der dort in arabischer Sprache verschiedene Schriftzeichen des Beschenkten eingravieren ließ. Daß der Tote dieses Amulett bei Lebzeiten weggegeben haben sollte, ist ausgeschlossen. Rätselhaft ist, wann und wo das Amulett verschwand, und wer es an sich genommen hat. Man nimmt an, daß das Amulett dem Toten von seinem Mörder abgenommen wurde, doch besteht die Möglichkeit, daß das Anhängsel einen oder mehrere Tage nach der Tat abhanden gekommen ist. Jedenfalls war Uhr und Kette während der Anwesenheit der Mordkommission in der Westentasche des Professors. Der Nachlaßpfleger, der den Inventarbestand aufnahm, fand das vermißte Stück jedoch nicht mehr vor. Offensichtlich kam es demjenigen, in dessen Besitz das Amulett ist, nur auf dieses Stück an. Es ist möglich, daß das mysteriöse Stück in den Händen eines Beteiligten ist oder war, zumal nicht ein einziger weiterer Gegenstand des Toten fehlt.

Um Mossul.

Die „D. A. Z.“ meldet: Der Völkerbundsrat verhandelte gestern nachmittag in vierstündiger spannender und stellenweise fast dramatischer Sitzung den Mossulkonflikt. Der Berichterstatter, Unden-Schweden, verlas das Gutachten des Haager Gerichtes und beantragte die Zurkenntnisnahme. Der englische Kolonialminister Amery erklärte, England fühle sich angesichts der bekannten Stellungnahme der Türken nicht mehr gebunden als diese selbst. Den türkischen Standpunkt vertrat Munir Bey an Stelle des in Genf befindlichen, aber nicht zur Verhandlung erschienenen Außenministers Ruschdy Bey. Er legte in einstündiger Vorlesung abermals alle türkischen Gründe dar, und zwar auch in jener Form, wie dies vor dem Haag geschehen wäre, falls die Türkei diese Instanz anerkannt hätte. Daher bestand er auf der

Forderung der Türkei

nach einer Grenzziehung zwischen Türkei und Irak durch den Rat, die von diesem und den beiden streitenden Mächten anerkannt werden könnte. Und in unerwartet friedlicher Weise erinnerte er den Rat an seine Hauptaufgabe als Vermittler. Berichterstatter Unden erkannte diese letztere Mission an, verlangte aber unbegreiflicherweise trotzdem sofort die Abstimmung des Rates über die Zurkenntnisnahme des Haager Gutachtens. Munir Bey verlangte das Stimmrecht für beide Parteien auch bei dieser Abstimmung und verwies recht unzweideutig darauf, daß im Ablehnungsfalle seine Kompetenzen beendet seien. Der Rat zog sich zu einstündiger geheimer Beratung zurück, an der die Engländer nicht teilnahmen.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Antrag Undens namentlich, unter Beteiligung aller Anwesenden, und sie ergab 10 Stimmen einschließlich Englands für die Annahme, während die Türkei ablehnte.

Der Präsident des Völkerbundrates, Scialoja, erklärte hierauf den Antrag für

einstimmig angenommen,

da gemäß Haager Entscheidung die Parteien mitstimmen durften, ihre Stimmen aber zur Einstimmigkeit nicht zählten. Hierauf erklärte Munir Bey mangels weiterer Kompetenz seine Mission als erledigt, worauf Unden neuerlich auf die fortdauernde Vermittlertätigkeit des Rates hinwies.

Präsident Scialoja sagte die nächste Sitzung in der Mossulfrage für heute nachmittag an und stellte den Bericht des Generals Laidoner über die Zustände an der Nordgrenze des Irak aufs Programm.

Hiermit fand die Sitzung ein etwas unerwartetes und unklares Ende. Hikmet Bey, Stellvertreter Ruschdys, erklärte beim Verlassen des Saales, daß die türkische Delegation einem verpflichtenden Schiedsgericht gegenüber keine Vollmachten habe, aber zu vermittelnden Verhandlungen bereit sei, von denen man im Augenblick jedoch nicht wissen könne, ob sie stattfinden würden.

Aus anderen Ländern.

„Petit Parisien“ zur Botschafterkonferenz.

Paris, 11. Dezember. (R.) Zu der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz, die sich mit Luftfahrtsfragen beschäftigte, teilt „Petit Parisien“ heute mit, die Botschafter hätten sich sowohl von gewissen technischen Erwägungen, als auch vom Geiste von Locarno leiten lassen und sich entschlossen, Deutschland eine Note zu übersenden, in der die Bedingungen für den Zusammentritt einer deutsch-alliierten Sachverständigenkonferenz auseinandergesetzt würden, die damit beauftragt würden die Maßnahmen zu studieren, die an Stelle der gegenwärtig in Kraft befindlichen Reglementierungen treten sollen. Man würde außerdem über die Aufrechterhaltung oder Abschaffung des Garantiekomitees verhandeln.

Zur Abrüstungsfrage.

London, 11. Dezember. (R.) Der Berichterstatter des Reuterbureaus in Genf meldet zur Abrüstungsfrage, er erfahre, daß die Frage der Einladung der verschiedenen Staaten zur Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten so gut wie geregelt sei. Im Rat sei eine Vereinbarung über die Abrüstung fast in allen Punkten erzielt worden.

Die Beratungen der Botschafterkonferenz über die deutsche Luftfahrt.

Paris, 11. Dezember. (R.) „Matin“ berichtet zur gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz, die sich mit den Luftfahrtsfragen beschäftigte, die Konferenz habe die neuen Bestimmungen geprüft, die bisher für die deutsche Luftschiffahrt galten, und zwar mit der Absicht, diese Bestimmungen, was die Verkehrsflugzeuge anbetrifft, zu mildern. Die Botschafterkonferenz werde außerdem die Frage studieren, unter welcher Form die Kontrolle der zivilen und militärischen Luftfahrt in Deutschland durchgeführt werden solle. Schließlich werde die interalliierte Kommission von dieser Aufgabe entlastet und diese Kontrolle gemäß dem Versailler Vertrag durch den Völkerbund ausgeübt werden.

Rücktritt des portugiesischen Staatsoberhauptes.

Paris, 10. Dezember. (R.) Havas berichtet aus Lissabon: Der Präsident wird heute zurücktreten. Das Parlament wird morgen zur Wahl seines Nachfolgers schreiten. Als aussichtsreichster Kandidat gilt der ehemalige Präsident der Republik, Machado.

Vor der Thronbesteigung des neuen Königs von Persien.

Teheran, 11. Dezember. (R.) Die öffentliche Einsetzung von Riza Khan Pehlewi zum König wird am 12. Dezember vorgenommen werden.

Rußland unterstützt die Türkei.

Der Berichterstatter der „Morningpost“ will erfahren haben, daß die Angora-Regierung an Moskau herangetreten sein soll, um die Unterstützung Rußlands zu erhalten. Zwischen den beiden Staaten soll über ein Geheimabkommen verhandelt werden. Rußland soll der Türkei beistehen, falls der Völkerbund ein für die Türkei ungünstiges Urteil fällen sollte. Die Angora-Regierung verpflichtet sich in diesem Falle, gegen die Hilfeleistung Rußlands die beiden Provinzen Kars und Ardahan abzutreten.

Schweres Explosionsunglück.

Aus Kapstadt wird berichtet, daß sich in der Viktoriafälle-Kraftstation eine ungeheure Explosion ereignet haben soll, die so stark war, daß viele Tonnen schwere Maschinen mehrere Hundert Meter weit geschleudert wurden. Zehn Gruben sind durch diesen Unglücksfall stillgelegt worden. Das Gebäude macht den Eindruck, als wäre es von schweren Geschützen bombardiert worden. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Bis zur Stunde ist noch nichts Bestimmtes darüber gemeldet, ob Menschenleben dabei zu beklagen sind. Die Ursachen der Explosion sind noch nicht festgestellt.

Grubenunglück bei Alabama. — 61 Tote.

Birmingham, 11. Dezember. (R.) Es wird von einer Schlagwetterexplosion gemeldet, bei der 61 Bergleute getötet worden sind. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt fünf. Fünfzehn Bergleute sind mit dem Leben davongekommen.

Brigantenüberfall auf Damaskus.

London, 11. Dezember. (R.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Damaskus, daß gestern vormittag Briganten bei hellem Tageslicht mitten durch die Stadt zogen, die Gendarmerie in verschiedenen Vierteln entwaffneten und französische Posten angriffen. Zahlreiche Tanks eilten nach den Vorstädten und es fand eine lebhafte Beschießung der Gärten statt. Die meisten Bazare blieben den ganzen Tag geschlossen. Die Stadt ist jetzt wieder ruhig.

In kurzen Worten.

Das vorläufige Zollabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz tritt am 16. Dezember in Kraft.

*

Die deutsch-türkische Vereinigung hat sich in Berlin neu konstituiert.

*

Auf der Zeche Wendel ereignete sich, wie aus Hamm gemeldet wird, eine Gasexplosion, durch die zwei Arbeiter getötet wurden.

*

Aus London wird berichtet, daß die Docks von Hull durch ein Riesenfeuer vollständig zerstört wurden.

*

Der für die Bielefelder Textilindustrie gefällte Schiedsspruch sieht eine Lohnerhöhung um 4 Prozent vor.

*

Ein Fischer fand in der Ostsee ein $3\frac{1}{2}$ Pfund schweres Stück Bernstein, wofür er einen Finderlohn von 130 Mark erhielt.

Letzte Meldungen.

Rücktritt Loucheurs?

Paris, 11. Dezember. (A. W.) In parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Stellung Loucheurs erschüttert sei. Sein Rücktritt soll in den nächsten Tagen erwartet werden.

Peking abgeschnitten.

London, 11. Dezember. (A. W.) Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Peking von der Welt ganz abgeschnitten sein soll. Sämtliche Haupteisenbahnlinien sind unterbrochen. Die Minister sind aus der Stadt geflüchtet. Die Lage der Bevölkerung ist hoffnungslos, weil die Lebensmittelzufuhr abgeschnitten ist.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Ausschneiden. — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate

Januar, Februar und März 1926

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Zum Post-Abonnement.

Vom 15. d. Mts. an nehmen alle Postanstalten für unsere Zeitung Bestellungen für die Monate Januar, **Februar, März entgegen.** Bekanntlich sind die Briefträger angewiesen, in der Zeit vom **15. bis 25. d. Mts. Vierteljahrs-Bestellungen** entgegenzunehmen. Die Briefträger kommen zu diesem Zweck ins Haus der seitherigen Abonnenten unseres Blattes. Wer daher das „Posener Tageblatt“ sich für ein Vierteljahr sichern will, wolle an den Briefträger oder an die ihm nächstgelegene Postanstalt den Vierteljahrsbetrag zahlen.

Wir bitten die Bezieher, welchen etwa bei der Post Schwierigkeiten gemacht werden, uns sogleich zu benachrichtigen.

Es darf aber auch

monatlich

unsere Zeitung bestellt werden. In den Monaten **Februar** und **März** kommen die Briefträger aber **nicht mehr ins Haus,** um Einzelmonatsbestellungen anzunehmen. Für diese beiden Monate müssen die Besteller der Zeitung persönlich oder schriftlich das Abonnement **dann selbst** bei dem zuständigen Postamt **bestellen.** Ganz wesentlich ist der Umstand, daß alle Bezieher nur auf pünktlichen Empfang der Zeitung rechnen dürfen, wenn sie spätestens bis zum **25. d. Mts.** das Abonnement bezahlt haben. Bei späterer Bestellung kann der Verlag nicht für pünktliche Lieferung garantieren. Es liegt im eigensten Interesse der Bezieher, diese Formalitäten zu erfüllen, also spätestens bis zum **25. d. Mts.** das „Posener Tageblatt“ zu bestellen. Für die Bewohner in Kongreßpolen und Kleinpolen ist jetzt ein direktes Post-Abonnement zulässig.

Die Zahlung für das Abonnement kann direkt an den Verlag oder auf unser Postscheckkonto Poznań 200 283 geschehen. Man vergesse nicht, auf der Rückseite des Coupons zu bemerken: „Für Abonnement der Zeitung“. Bezieher, welche die Bestellungen bis zum **25. d. Mts.** bestimmt erledigen, dürfen auch auf pünktliche Ueberweisung und den Empfang der Zeitung rechnen.

Posener Tageblatt.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Januar 1926

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....